

МИНИСТЕРСТВО ОБРАЗОВАНИЯ И НАУКИ  
РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ

ФГБОУ ВО «ОРЕНБУРГСКИЙ ГОСУДАРСТВЕННЫЙ  
ПЕДАГОГИЧЕСКИЙ УНИВЕРСИТЕТ»

---

Н. М. Биккулова

**ПРАКТИКУМ ПО КУЛЬТУРЕ РЕЧЕВОГО  
ОБЩЕНИЯ (НЕМЕЦКИЙ ЯЗЫК)**

Учебно-методическое пособие к практическим занятиям  
для студентов выпускных курсов факультетов  
иностраннных языков педвузов

---

Оренбург  
Издательство ОГПУ  
2016

УДК 378(075.8):81(075.8)  
ББК 74.58я73:81.2(Нем)я73  
Б60

### Рецензенты

*М. И. Вахрушева*, кандидат филологических наук, доцент

*А. Ю. Белецкая*, кандидат филологических наук, доцент

**Биккулова Н. М.**

Б60 **Практикум по культуре речевого общения (немецкий язык) :**  
учебно-методическое пособие к практическим занятиям для  
студентов выпускных курсов факультетов иностранных языков  
педвузов / Н. М. Биккулова ; Мин-во образования и науки РФ,  
ФГБОУ ВО «Оренб. гос. пед. ун-т». — Оренбург : Изд-во ОГПУ,  
2016. — 84 с. — ISBN 978-5-85859-646-2

Целью пособия является развитие и совершенствование умений и навыков диалогической речи, расширение лексического словаря студентов по общественно-политической тематике. Оно включает ряд актуальных тем, источником которых послужили газетно-публицистические статьи из журнала „Deutsch perfekt“ и аудиоматериалы из приложения к нему. Практические задания побуждают студентов к размышлению и дискуссии. Книга адресована студентам выпускных курсов, изучающим немецкий язык в качестве основной специальности.

УДК 378(075.8):81(075.8)  
ББК 74.58я73:81.2(Нем)я73

ISBN 978-5-85859-646-2

© Биккулова Н. М., 2016  
© Оформление. Изд-во ОГПУ, 2016

# ОГЛАВЛЕНИЕ

---

<b>ПРЕДИСЛОВИЕ</b> .....	4
<b>Thema I Die Europäische Union</b> .....	5
Text 1 War der Euro ein Fehler? .....	5
<b>Thema II Die Migrationspolitik in Deutschland</b> .....	9
Text 1 Doppelte Staatsangehörigkeit erlauben? .....	9
Text 2 Muslimischer Feiertag in Deutschland? .....	13
<b>Thema III Der Sozialstaat Deutschland</b> .....	17
Text 1 Mehr Steuern für Gutverdiener?.....	17
Text 2 Sollen Reiche mehr Steuern zahlen?.....	21
Text 3 Sollen Krankenkassen Homöopathie bezahlen?.....	25
Text 4 Ist das deutsche Gesundheitssystem ungerecht?.....	28
Text 5 Sollen Bewerbungen anonymisiert sein? .....	32
Text 6 Ist das Betreuungsgeld sinnvoll? .....	36
<b>Thema IV Das Schulwesen in Deutschland</b> .....	40
Text 1 Ist Sitzenbleiben sinnvoll? .....	40
<b>Thema V Der Umweltschutz</b> .....	44
Text 1 Soll die EU Plastiktüten verbieten? .....	44
Text 2 Autos raus aus der Stadt?.....	48
Text 3 Atomkraftwerke sofort abschalten? .....	52
Text 4 Ist die Sommerzeit noch sinnvoll?.....	56
<b>Thema VI Die gesunde Lebensweise</b> .....	60
Text 1 Sollen Kinder Süßigkeiten bekommen? .....	60
Text 2 Helmpflicht für Radfahrer? .....	64
Text 3 Arbeitsmails nach Feierabend? .....	68
<b>Thema VII Das Internet</b> .....	72
Text 1 Darf der Staat Internetseiten blockieren?.....	72
Text 2 Brauchen wir eine Kulturfltrate? .....	76
<b>Kommunikationsformeln</b> .....	81

## ПРЕДИСЛОВИЕ

Учебное пособие предназначено для студентов 5 курса, изучающих немецкий язык в качестве основной специальности на факультетах иностранных языков педагогических вузов. Основной целью является развитие и совершенствование умений и навыков диалогической речи, расширение лексического словаря студентов по общественно-политической тематике.

Пособие включает основные темы: «Европейский Союз», «Германия — социальное государство», «Миграционная политика Германии», «Образование в Германии», «Здоровый образ жизни», «Охрана окружающей среды», «Интернет», — которые объединяют несколько текстов. Источником материала послужили современные газетно-публицистические статьи из журнала „Deutsch perfekt“ и аудиоматериалы из приложения к журналу.

Практические задания имеют не только языковой и условно-речевой характер, но и побуждают студентов к размышлению, к дискуссии, способствуя развитию у студентов умения аргументировать свое мнение. Такие дискуссии активизируют мыслительную деятельность студентов и являются основным условием повышения эффективности учебного процесса.

## Thema I Die Europäische Union

### Text 1 War der Euro ein Fehler?

(aus „Deutsch perfekt“ 7/2010)

Viele Länder der Eurozone haben wirtschaftliche Probleme. Griechenland braucht Geld, der Wert des Euro sinkt. Viele fragen, ob der Euro ein Fehler war. Ja oder nein?

**Ja** Joachim Starbatty ist Ökonomie-Professor im Ruhestand. 1997 klagte er vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Euro.

Eine Währungsunion unter Ungleichen ist immer ein hohes Risiko. Denn *der Wechselkurs fällt weg* — und unterschiedliche Finanz- und Wirtschaftspolitiken können nicht mehr mit einer *Auf-* oder einer *Abwertung* reagieren.

Die politischen Architekten des Maastricht-Vertrages, der die Konditionen und Fristen für die Europäische Währungsunion festlegt, wussten von diesem Risiko. Sie haben deshalb verlangt, dass nur solche Länder in die Eurozone dürften, die bestimmte Kriterien erfüllten. Aus politischen Gründen sind diese Kriterien aber oft sehr weit interpretiert worden. Außerdem war die Währungsunion nicht gut geplant: Man hat mit der Geld- und Währungsunion angefangen, ohne diese politisch richtig *abzusichern*. Der *Stabilitäts- und Wachstumspakt* kam später — und ihm wurde von Anfang an seine Wirkung genommen. Besonders die führenden Mitgliedsstaaten, Deutschland und Frankreich, haben dafür gesorgt.

So kam es, wie es kommen musste: Es geht ein Riss durch die Währungsunion. Es gibt einen Block mit starker *Währung* im Norden und einen Block mit schwacher Währung im Süden. Die Länder im Süden können aus eigener Kraft ihre Schulden nicht mehr bezahlen und sind international nicht mehr *konkurrenzfähig*. Die Währungsunion steht nun vor dem Dilemma, die Währungsunion auseinanderbrechen zu lassen

oder den Riss durch *Transfers* zu überdecken. Die ökonomische Lösung — der Austritt der Länder mit schwacher Währung aus der Eurozone — bringt hohe Kosten für alle Länder. Aber es wäre ein Ende. Wenn auch *ein Ende mit Schrecken*. Bei der politischen Lösung kommt die Währungsunion auf den falschen Weg einer *Haftungs- und Schuldengemeinschaft* — das wäre ein Schrecken ohne Ende. Diese Aussichten der Währungsunion erlauben auf die Frage, ob der Euro ein Fehler war, nur eine Antwort: ja.

**Nein** *Wolfgang Schäuble ist Bundesfinanzminister. Er ist Mitglied der Christlich Demokratischen Union (CDU).*

Ich will es gar nicht *bestreiten*: Der Euro war in den letzten Wochen in großen Schwierigkeiten und diese sind auch noch nicht vorbei. Es wäre aber falsch deswegen zu denken, die Einführung des Euro sei ein Fehler gewesen. Wer das tut, der sieht nicht, wie viel größer unsere Probleme wären, wenn wir den Euro nicht hätten. Dann wären wir von den Konsequenzen der historischen Finanz- und Wirtschaftskrise nämlich viel stärker getroffen worden.

Mehr als 40 Prozent des deutschen *Außenhandels* wickeln wir mit Ländern der Eurozone ab, mit der Europäischen Union insgesamt sogar fast zwei Drittel. Dabei garantiert der Euro stabile Preise und damit Planungssicherheit für deutsche Firmen. Besäßen wir noch die *Deutsche Mark*, wäre diese in der Krise gegenüber anderen Währungen viel teurer geworden. Also wären in D-Mark zu bezahlende deutsche Produkte im Ausland teurer geworden, was die *Wettbewerbsfähigkeit* und den *Absatz* unserer Exporte sehr stark reduziert hätte. Der Euro sichert also Hunderttausende Arbeitsplätze. Außerdem ist er eine sehr stabile Währung. Im gesamten Zeitraum seit seiner Einführung und auch jetzt haben wir sehr niedrige *Inflationsraten*, die sogar geringer sind als in der Zeit, in der die D-Mark gültig war!

Der Euro ist aber noch viel mehr als eine Währung. Er ist ein starkes und erfolgreiches Symbol für das europäische Projekt. Die Idee eines gemeinsamen Europas hat dem Kontinent eine nie da gewesene Zeit des Friedens und des *Wohlstandes* möglich gemacht. Ohne Europa wäre auch die *Deutsche Wiedervereinigung* nicht möglich gewesen. Diese Idee ist aktueller *denn je*. Denn die Staaten Europas sind zu klein, um in einer globalen Weltallein *Gehör zu finden*. Nur gemeinsam ist Europa stark genug, seine Interessen *geltend zu machen*. Auch dafür ist der Euro ein Symbol und auch dafür brauchen wir einen stabilen Euro.

### Texterläuterungen

*Es geht ein Riss durch die Wahrungunion* — Die Wahrungunion geht kaputt und teilt sich in arme und reiche Länder.

*die Wahrungunion, -en* — Gebiet, in dem die gleiche Währung gilt; hier: Eurozone

*die Währung, -en* — Münzen und Scheine, die in einem Staat als Geld verwendet werden

*klagen vor D.* — sich vor Gericht beschweren

*das Bundesverfassungsgericht* — Gericht, das bei einem Streit über die Verfassung entscheidet

*die Verfassung, -en* — schriftliche Form für die politischen und rechtlichen Grundregeln in einem Staat

*der Wechselkurs, -e* — Marktpreis, zu dem eine Währung in eine andere gewechselt wird

*wegfallen* — unnötig werden

*die Aufwertung von D.* — aufwerten = machen, dass eine Währung mehr wert ist

*die Abwertung von D.* — abwerten = machen, dass eine Währung weniger wert ist

*absichern* — sicher machen

*der Stabilitäts- und Wahrungspakt* — Vereinbarung, die in der Europäischen Wirtschafts- und Wahrungunion für einen stabilen

Euro sorgen und verhindern soll, dass die Mitgliedsstaaten zu viele neue Schulden machen

*die Währung* — hier: Wirtschaftskraft

*konkurrenzfähig* — mit der gleichen politischen und wirtschaftlichen Stärke wie andere Nationen

*stehen vor D.* — hier: sich intensiv beschäftigen müssen mit D.

*der Transfer, -s* — Zahlung größerer Summen ins Ausland

*überdecken* — hier: verstecken

*der Austritt, -e* — austreten aus = hier: erklären, dass man nicht mehr Mitglied sein will

*ein Ende mit Schrecken* — gemeint ist: (lieber) ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende = Es ist besser, eine schlimme Situation schnell zu beenden, als dauernd große Schwierigkeiten zu haben.

*die Haftungs- und Schuldengemeinschaft* — Gemeinschaft, in der die einen für die anderen verantwortlich sind und für die deren Schulden zahlen müssen

*bestreiten* — sagen, dass etwas nicht wahr ist

*der Außenhandel* — Handel mit dem Ausland

*abwickeln* — hier: machen

*die Deutsche Mark* (die D-Mark) — frühere Währung in Deutschland: 1 Mark = 50 Cent

*die Wettbewerbsfähigkeit* — Möglichkeit, im wirtschaftlichen Kampf bestehen zu können

*der Absatz* — hier: Verkauf von Waren

*die Inflationsrate, -n* — Höhe der Inflation in Prozent

*der Wohlstand* — gute finanzielle Situation

*die Deutsche Wiedervereinigung* = Union von Ost- und Westdeutschland

*denn je* — als überhaupt einmal

*Gehör finden* — hier: erfolgreich ihre Interessen vertreten können

*geltend machen* — hier: vertreten



## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungsaustausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Thema II Die Migrationspolitik in Deutschland**

### **Text 1 Doppelte Staatsangehörigkeit erlauben?**

*(aus „Deutsch perfekt“ 5/2013)*

Viele Migranten leben seit langer Zeit — manche ihrer Kinder seit Geburt — in Deutschland, haben aber keinen deutschen Pass. Wenn sie doch einen wollen, müssen viele von ihnen die alte Staatsangehörigkeit abgeben. Muss das wirklich sein? Ja oder nein?

**Ja** *Aydan Özoguz ist Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretende Vorsitzende der SPD*

Schon heute wird in mehr als der Hälfte der *Einbürgerungen* in Deutschland die doppelte Staatsangehörigkeit akzeptiert. Das alte Dogma der *Vermeidung* von Mehrstaatigkeit ist durch die vielen bestehenden Ausnahmen in der Realität schon *aufgeweicht*.

Laut einer wissenschaftlichen Untersuchung des *Sachverständigenrats* deutscher *Stiftungen* für Integration und Migration *hält* die *symbolträchtige* und nicht einfache Entscheidung zwischen alter und neuer Staatsangehörigkeit 57 Prozent der Migrantinnen und Migranten *davon ab*, sich einbürgern zu lassen. Dabei geht es den meisten wohl weniger um Romantik, sondern meistens um praktische Dinge wie *Erbschaften*, Familie oder die Möglichkeit, die Eltern noch in deren Heimat *beerdigen* lassen zu können. 19 Staaten der Europäischen Union (EU) akzeptieren doppelte Staatsangehörigkeiten schon lange generell. Bei ihnen ist das Normalität, ohne dass es in dieser Frage große Probleme oder gar *rechtsfreie Räume* gäbe.

Bei uns gibt es im Gegenteil die Optionspflicht: Wer als Kind ausländischer Eltern nach dem Jahr 2000 in Deutschland geboren wurde, ist — unter bestimmten Voraussetzungen — Deutscher. Daneben können diese Kinder die Staatsangehörigkeit der Eltern behalten. Bis sie 23 werden, müssen sie sich aber für eine der Staatsangehörigkeiten entscheiden.

Damit stellt der Staat die in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen vor eine unnötige Wahl zwischen zwei Identitäten, die beide zu ihrem Leben gehören. Wer dem Amt nicht meldet, wie er sich entscheidet, verliert automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit und wird von unserem Staat zu einer Ausländerin oder Ausländer gemacht. Zum gesellschaftlichen *Zusammenhalt* kann eine Staatsangehörigkeit *auf Abruf* wohl kaum *beitragen*.

**Nein** *Hans-Peter Uhl (CSU) ist Mitglied des Deutschen Bundestags und innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion*

Ich bin mit meiner Fraktion der Meinung, dass es doppelte Staatsangehörigkeiten nicht geben sollte. Schließlich setzt die Staatsangehörigkeit eine große Loyalität und ein klares

*Bekanntnis* zum Staat voraus. Für die CDU/CSU gilt daher immer noch, dass der *Erwerb* der deutschen Staatsangehörigkeit am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses steht. Die Opposition will dagegen zuerst einbürgern und dann integrieren. Das ist der falsche Weg.

Es war richtig, dass die Union bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 den *rot-grünen* Irrweg des „*Multikulti*“ gestoppt hat. Wie gut die jetzige Regelung wirkt, zeigt schon die Tatsache, dass sich die jungen Menschen mit großer Mehrheit weit vor ihrem 23. Geburtstag entscheiden und fast alle die deutsche Staatsangehörigkeit wählen. Wir halten daher am Optionsmodell fest. Die Praxis hat gezeigt, dass es gut funktioniert.

Wir tun viel dafür, dass sich auch in Zukunft so viele junge Menschen wie möglich für Deutschland und für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden. Das vermeidet nicht nur Fragen der Loyalität, sondern auch konkrete praktische und rechtliche Probleme im Alltag, zum Beispiel beim Wahlrecht, der *Berechtigung* zum *Bezug* von staatlicher finanzieller Unterstützung oder Fragen des *Strafrechts*.

Ausnahmen bei der Vermeidung von doppelten Staatsangehörigkeiten, vor allem für Bürgerinnen und Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten, halten wir vor dem *Hintergrund* der fortgeschrittenen Integration innerhalb der Europäischen Union und der *Unionsbürgerschaft* für akzeptabel.

### **Texterläuterungen**

*die Einbürgerung*, -en — von: einbürgern = einem Ausländer, der schon lange in einem Land lebt, die Staatsangehörigkeit dieses Landes geben

*die Vermeidung* — von: vermeiden, hier: nicht entstehen lassen

*aufweichen* — hier: langsam nicht mehr gültig sein

*der Sachverständigenrat* — Komitee, das aus Experten besteht

*die Stiftung*, -en — Organisation für einen bestimmten Zweck  
*abhalten von D.* — hier: der Grund dafür sein, etwas nicht zu tun  
*symbolträchtig* — mit hohem symbolischen Wert  
*die Erbschaft*, -en — Gebäude, Geld oder Gegenstände, die man nach dem Tod einer Person bekommt  
*beerdigen* — ein Loch in die Erde machen und einen Toten hineinlegen  
*der rechtsfreie Raum* — Bereich, in dem keine Normen und Regeln gelten  
*der Zusammenhalt* — Solidarität, Gemeinsamkeit  
*auf Abruf* — hier: so, dass man sie eines Tages abgeben muss, wenn man sie nicht beantragt  
*beitragen* — hier: einen unterstützenden Effekt haben  
*der innenpolitische Sprecher* — Person, die Informationen zum Thema öffentliche Ordnung und Sicherheit an die Öffentlichkeit gibt  
*das Bekenntnis*, -se — hier: offizielle Erklärung, das man etwas unterstützt  
*der Erwerb* — von: erwerben = erreichen, bekommen  
*rot-grün* — hier: aus der Zeit, als die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen regierte  
*das Multikulti* — kurz für: Multikulturalität  
*die Berechtigung*, -en — Erlaubnis  
*der Bezug* — hier: Erhalten von Geld  
*das Strafrecht* — Gesetze, die die Strafe für Verbrechen bestimmen  
*der Hintergrund* — hier: Zustand einer Entwicklung  
*die Unionsbürgerschaft* — das Bürgersein eines Mitgliedsstaates der EU

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.

3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Text 2 Muslimischer Feiertag in Deutschland?**

(aus „Deutsch perfekt“ 3/2010)

Weihnachten und Ostern sind christliche Feiertage. Jetzt soll es auch einen muslimischen Feiertag geben — eine Idee der türkischen *Gemeinden* in Deutschland. Ist das das richtige Signal für die Integration? Ja oder nein?

**Ja** Hans-Christian Ströbele (*Bündnis 90/Die Grünen*) ist Mitglied des Deutschen Bundestages. Er hat 2009 für seine Partei das einzige Direktmandat gewonnen.

Sicher gibt es wichtigere Probleme, die dringender geregelt werden müssen, auch im Bereich von Migration und Integration. Aber ein muslimischer Feiertag würde ein Zeichen setzen, dass in Deutschland die Religion des Islam so *ernst genommen* wird wie andere Weltreligionen auch.

Es gibt drei bis fünf Millionen Muslime in Deutschland. Viele haben die deutsche *Staatsbürgerschaft*. Viele werden im Dezember zu den christlichen Weihnachtsfeiern eingeladen und feiern auch die christlichen Festtage. Gäbe es an einem muslimischen Feiertag schulfrei für alle Kinder, dann könnten Muslime Christen zum Beispiel zur gemeinsamen Feier des islamischen Zuckerrfestes einladen. Heute müssen Schulfreunde, die nicht zur islamischen Glaubensgemeinschaft gehören, zur Schule und deren Eltern zur Arbeit gehen.

Religiöse Toleranz und Achtung des Glaubens des Anderen heißt auch, die ungestörte *Religionsausübung* mit allen, die dies wollen, möglich zu machen. Feiertage können dazu ein *Beitrag* sein.

In 18 von 40 Ländern der Erde mit fast nur muslimischer Bevölkerung gibt es ein oder mehrere christliche Feiertage, darunter in Indonesien, dem größten Land mit fast 90 Prozent Muslimen, oder in Syrien, Jordanien und vielen Staaten Afrikas. Manchmal wurden die Feiertage als Erbe der Kolonialzeit einfach übernommen. Aber schon die Tatsache, dass christliche Traditionen nach der *Befreiung* erhalten blieben, sind Zeichen von Toleranz und Verständnis, die manche *prominente* Vertreter christlicher Kirchen heute in der Debatte um einen muslimischen Feiertag *vermissen lassen*.

Ein muslimischer Feiertag in Deutschland wäre nicht nur ein gutes Signal der *Achtung* dieser Religion für die Muslime hier, sondern auch in der islamischen Welt auf allen Kontinenten.

**Nein** *Armin Laschet (CDU) ist Minister für Generationen, Familie; Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen*

Etwa fünf Prozent der Menschen, die in Deutschland leben, sind Muslime. Sie sind ein Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass sie sich hier wie zu Hause fühlen und ihre Integration gelingt.

Für viele — nicht für alle — Muslime spielt die Religion eine wichtige Rolle. Das *Grundgesetz* gibt die Garantie, dass sie in ihrem Glauben leben, ihre religiöse Feste feiern und Moscheen, auch mit Minaretten, nach ihren Ideen bauen können.

Per *Verfassung* stehen die Religionen unter einem besonderen Schutz. Das bedeutet jedoch nicht, dass die religiösen Feste auch gesetzliche Feiertage werden müssen. So ist in Deutschland weder das jüdische Jom-Kippur-Fest noch das Weihnachtsfest der orthodoxen Christen am 6. Januar ein gesetzlicher Feiertag. Gesetzliche Feiertage sind bei uns solche

Tage, die eine große gesellschaftliche Bedeutung haben und sehr wichtig für die Mehrheit der Gesellschaft sind — und nicht nur für eine *Minderheit*. Das gilt auch für jene Feiertage, die einen christlichen *Hintergrund* haben, denn unsere Kultur ist vom *Christentum* geprägt.

Für die Integration der bis zu 4,3 Millionen Muslime in Deutschland ist es nicht entscheidend, dass muslimische Feiertage auch gesetzliche Feiertage sind. Sprache, *Bildungschancen* und Arbeit sind viel entscheidender. Für Muslime ist auch wichtig, dass es islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gibt, unterrichtet in deutscher Sprache, von in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und unter deutscher *Schulaufsicht*. In Nordrhein-Westfalen bemühen wir uns, ein solches Fach bald zu haben. Denn wir wollen einen Ort, an dem der muslimische Glauben an junge Menschen weitergegeben wird. Und wir wollen, dass sich Muslime in unserem Land immer mehr zu Hause fühlen.

### **Texterläuterungen**

*die Gemeinde*, -n — hier: Gruppe von Menschen, die alle in dieselbe Moschee gehen

*die Moschee*, -n — islamische Kirche

*die Achtung* — hier: Akzeptanz

*ernst nehmen* — hier: akzeptieren

*die Staatsbürgerschaft* — Nationalität

*die Religionsausübung* — Art, wie man eine Religion lebt und pflegt

*das Erbe* — hier: Tradition aus der Vergangenheit

*die Befreiung* — hier: Kampf um Unabhängigkeit und Selbständigkeit

*prominent* — sehr bekannt

*der Vertreter* — hier: Person, die für die Interessen der Kirche spricht

*vermissen lassen* — hier: nicht zeigen

*das Grundgesetz* — schriftliche Form für die politischen und rechtlichen Grundregeln im deutschen Staat

*die Minderheit* — hier: kleine Gruppe in einem Staat, die sich von anderen z.B. durch Kultur und Religion unterscheidet

*der Hintergrund* — Ursache

*das Christentum* — christliche Religion

*prägen* — hier: beeinflussen

*die Bildungschancen* — Möglichkeit, eine gute Ausbildung zu erhalten

*die Schulaufsicht* — staatliche Kontrolle über die Schulen

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.



## Thema III Der Sozialstaat Deutschland

### Text 1 Mehr Steuern für Gutverdiener?

(aus „Deutsch perfekt“ 10/2010)

Deutschland hat so viele Schulden wie noch nie. Politiker suchen nun nach neuen Möglichkeiten, damit der Staat dringend gebrauchtes Geld bekommt. Wir fragten: Mehr Steuern für Gutverdiener? Ja oder nein?

**Ja** Joachim Poß ist Finanzexperte und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD.

Die Politik hier in Deutschland ist mit vielen verschiedenen Finanzierungsaufgaben konfrontiert — und das *gilt für* alle Parteien. So braucht Deutschland höhere *Ausgaben* für *Bildung*. Auch die Kommunen als *Rückgrat* unserer Gesellschaft müssen eine sichere Finanzbasis haben. Ganz wichtig: Die wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise stark gestiegenen öffentlichen Defizite müssen wieder *abgebaut* werden.

Das alles verlangt von denen, die in politischer Verantwortung stehen, sehr viel Sparsamkeit. Jede *überflüssige* staatliche Ausgabe, jede überflüssige Subvention ist zu *streichen*. Neue Subventionen passen nicht zur aktuellen finanziellen Situation. Aber das allein reicht nicht aus. Wir werden — auch das gilt für alle Parteien — Wege finden müssen, um die Steuerbasis des Staates stabil zu machen und an manchen Stellen auch zu stärken.

Auch aus Gerechtigkeitsgründen werden die *starken Schultern* einen adäquaten Beitrag zur Finanzierung der Gemeinschaft leisten müssen. Das können Gutverdiener und Reiche aber auch. Deutschland ist für diese Gruppen kein Höchststeuerland — und auch die wirtschaftlich und finanziell *Bessergestellten* bekommen viele staatliche *Leistungen*.

Es gibt sogar eine Initiative reicher Deutscher, die an die Politik appelliert, Reiche durch eine *Vermögensabgabe* stärker zu

*belasten*. Es gibt auch in der CDU/CSU wichtige Politiker, die wollen, dass die soziale *Schiefelage* des *Konsolidierungspaketes* der Bundesregierung dadurch ein bisschen geringer wird, dass der *Spitzensteuersatz* bei der Einkommenssteuer wieder höher wird. In allen Schichten der Bevölkerung wächst die Bereitschaft, „oben“ höher oder effektiver zu *besteuern* — zum Wohl der Gemeinschaft.

**Nein** Volker Wissing (FDP) ist Vorsitzender des Bundestagsfinanzausschusses

Wenn ein sozialeres Steuersystem gefordert wird, dann gibt es regelmäßig zwei Forderungen: *Freibeiträge* nach oben, Spitzensteuersatz hoch. Im Jahre 1958, als das deutsche System der *Einkommensbesteuerung* entstand, fing die Besteuerung bei 1681 Mark (rund 860 Euro) mit einem Steuersatz von 20 Prozent an — und ging bis zum Spitzensteuersatz in Höhe von 53 Prozent ab einem Einkommen von 110 040 Mark (56 262 Euro). Heute wird der Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 52 882 Euro verlangt. Nun wird kaum jemand *bestreiten*, dass 1958 ein Einkommen von über 110 040 Mark ein Spitzenverdienst war. Aber ist heute jemand mit 52 882 Euro ein Spitzenverdiener? Den Spitzensteuersatz bezahlen heute schon gut verdienende Angestellte und spezialisierte Arbeiter.

Die *Spitzenverdiener* in Deutschland sind nicht so unsozial, wie viele denken. Die oberen 25 Prozent der Einkommenssteuerzahler zahlen rund 80 Prozent des *Steueraufkommens*. Nun mag das manchem immer noch nicht genug sein, aber es zeigt auf jeden Fall, dass starke Schultern in Deutschland viel tragen.

*Im Lauf der Zeit* werden immer mehr Menschen zu Spitzenverdienern — oder besser: zu Spitzensteuersatzzahlern. *Legt* man die Einkommensgrenze zum Spitzensteuersatz des Jahres 1958 *zugrunde*, müsste diese heute bei rund 160 000 Euro liegen, tatsächlich beträgt sie 52 882 Euro.

Unser Steuersystem *ist zu Recht nach unten sozial*. Es ist auch klar, dass alle Bevölkerungsgruppen ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisten sollen. Ein Steuersystem muss jedoch für alle gerecht sein. Es darf die Menschen mit kleinem Einkommen auf keinen Fall zu stark belasten, genauso wenig aber auch die oberen Gruppen. Es soll dem Staat nicht nur die notwendigen *Einnahmen* bringen, sondern auch Leistung honorieren, um den *Wohlstand* unseres Landes zu sichern.

### **Texterläuterungen**

*belasten* — hier: Steuergeld nehmen von D.

*der Spitzenverdiener*, — Person, die am meisten Geld verdient

*stellvertretend* — hier: in Vertretung für den Fraktionschef

*der Fraktionsvorsitzende* — Person, die eine Fraktion leitet

*die SPD* — Sozialdemokratische Partei Deutschlands

*gelten für A.* — so sein für

*die Ausgabe*, -n — von: ausgeben

*die Bildung* — hier: alle Institutionen, in denen Lehre und Forschung stattfinden (Schulen, Universitäten)

*das Rückgrat*, -e — Reihe zusammenhängender kleiner Knochen in der Rückenmitte: Sie gibt dem Körper Stabilität. Hier: Institution, die die Gesellschaft am meisten unterstützt und ihr Stabilität gibt

*abbauen* — hier: reduzieren

*überflüssig* — nicht nötig

*streichen* — hier: machen, dass etwas nicht mehr gültig ist oder etwas Geplantes doch nicht gemacht wird

*die (starke) Schulter*, -n — (starker) Körperteil zwischen Hals und Arm; hier: Person, die viel Geld verdient

*der Bessergestellte*, -n — Person, die mehr Geld hat als andere

*die Leistung*, -en — hier: Unterstützung

*die Vermögensabgabe*, -n — Geld, das man abgeben muss

*die CSU* — Christlich-Soziale Union

*die Schieflage*, -n — ungerechte, schwierige Situation

*das Konsolidierungspaket, -e* — Programm, um die finanzielle Situation des Staates stabiler zu machen

*der Spitzensteuersatz* — höchster Steuertarif

*besteuern* — Steuern verlangen von D.

*die FDP* — Freie Demokratische Partei

*der Bundestagsfinanzausschuss* — Gruppe von Politikern aller Parteien im deutschen Parlament, die sich um die Finanzen des Staates kümmert

*der Freibeitrag* — Teil des Gehalts, auf den man keine Steuern zahlen muss

*die Einkommensbesteuerung* — Regelung, dass man für das Einkommen Steuern zahlen muss

*das Einkommen* — Geld, das jemand z.B. für seine Arbeit, aus dem Gewinn seines Betriebes oder als Hausbesitzer als Miete bekommt

*bestreiten* — sagen, dass etwas nicht wahr ist

*das Steueraufkommen* — Summe aller Steuern

*im Lauf der Zeit* — hier: langsam

*zugrunde liegen* — als Basis nehmen

*zu Recht nach unten sozial sein* — gut sein, weil man die Schwächeren weniger zahlen lässt als die Stärkeren

*die Einnahme* — Geld, das man bekommt

*honorieren* — hier: loben und etwas Gutes dafür geben

*der Wohlstand* — gute finanzielle Situation

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs austausch).

5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Text 2 Sollen Reiche mehr Steuern zahlen?**

(aus „Deutsch perfekt“ 11/2012)

In Zeiten der Krise suchen Politiker nach Lösungen, um die Staatsfinanzen zu verbessern. Eine Idee in Deutschland ist, dass Reiche mit ihrem Geld dabei einen größeren Beitrag leisten sollen als andere. Aber ist das gerecht? Ja oder nein?

### **Ja** *Frank Bsirske ist Vorsitzender der Gewerkschaft Verdi*

Das private Vermögen in der Bundesrepublik beträgt rund 7,5 Billionen Euro. Knapp zwei Drittel davon sind in den Händen und den Depots der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Rund 30 Prozent des *Vermögens* gehören dem reichsten einen Prozent. Löhne, Renten und *Sozialleistungen* sind in den letzten 14 Jahren unter verschiedenen Bundesregierungen konstant gesunken. Besitzer großer Vermögen, reiche *Erben* und große Firmen wurden gleichzeitig steuerlich immer mehr *entlastet*.

Die *Staatsverschuldung* ist wegen der Bankenrettungsaktionen und der Eurokrise extrem gewachsen. Deshalb müssen wir unbedingt die aktuelle *Umverteilung* von oben nach unten beenden und *umkehren*. Deutschland ist bei der *Besteuerung* von großen *Erbschaften* und Vermögen eine Steueroase, und bei der tatsächlichen Besteuerung von Kapital und Firmengewinnen ist es ein Niedrigsteuerland. Das sagen die offiziellen Daten der Europäischen Kommission und der Vergleich mit dem Durchschnitt der Europäischen Union. Würde die Bundesrepublik nur bei diesen Steuerarten so viel wie der EU-Durchschnitt verlangen, dann würde der Staat jedes Jahr mehr als 70 Milliarden Euro extra Steuern bekommen.

Ohne Zweifel haben die Milliarden-Summen und Garantien zur Bankenrettung und zur *Bewältigung* der Eurokrise die Vermögen der Reichen gesichert. Deshalb wäre es nicht nur adäquat, sondern auch gerecht, wenn sie mit einer einmaligen *Vermögensabgabe* ihren Beitrag zur Reduzierung der Staatsverschuldung leisten würden. Die Bundesrepublik wird in Zukunft viel Geld für gute Bildung, die *Energiewende* und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ausgeben müssen. Mit einer Vermögenssteuer und höheren Steuern von den Stärksten und Reichsten sollten jene Menschen bei der Finanzierung unserer Zukunft helfen, die es *sich leisten* können.

**Nein** Patrick Döring ist Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei (FDP)

Die FDP ist gegen eine Vermögenssteuer, die die Opposition populistisch gefordert hat. Die Kritik, ein Nein zur sogenannten Reichensteuer sei sozial ungerecht, ist falsch. Im Gegenteil! Was ist sozial ungerechter, als aus Wahlkampfstrategie die *Benachteiligten* und die *Leistungsfähigen gegeneinander auszuspielen*?

Tatsache ist, dass nur zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland mehr als 50 Prozent der *Steuerlast* tragen. Das *Bundesverfassungsgericht* hat die Vermögenssteuer aus guten Gründen 1995 für *verfassungswidrig* erklärt. 1997 ist sie *abgeschafft* worden. In der aktuellen Krisensituation sind die Forderungen außerdem verantwortungslos. Denn spüren würden eine solche Steuer weniger die Reichen, sondern vor allem der *Mittelstand*. Vor allem die für unsere Soziale Marktwirtschaft so wichtigen *mittelständischen Unternehmen* würden extrem *hoch belastet*. Die Folge wäre: Es wird weniger investiert, Innovationen werden verhindert, die *Wettbewerbsfähigkeit* Deutschlands reduziert — und am Ende gibt es weniger Firmen und Arbeitsplätze. Das wollen wir nicht!

Wir Liberalen wollen dagegen bessere Konditionen für *Wachstum*: durch bessere Steuergesetze, finanzierbare

Energiepreise und Bedingungen, die Deutschland fit für Wettbewerb machen. So sollen der *Aufschwung* der letzten Jahre weitergehen, Arbeitsplätze entstehen und der Staat mehr Geld bekommen. Denn eines hat der Erfolg der letzten Jahre unserer Koalition gezeigt: Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik — vor allem aber auch der Weg zu soliden Staatsfinanzen.

Wegen des Wirtschaftswachstums konnten wir die Staatsverschuldung um bis jetzt 90 Milliarden reduzieren. Das ist viel mehr, als wir mit Steuererhöhungen hätten erreichen können. Eine Reichensteuer ist dagegen ein Programm, das das Wirtschaftswachstum zerstört.

### **Texterläuterungen**

*das Vermögen* — Besitz einer Person oder Institution insgesamt (Geld, Häuser, Autos)

*der Vorsitzende* — Person, die eine Organisation leitet

*die Sozialleistung*, -en — finanzielle Hilfe vom Staat für arme Menschen

*der Erbe*, -n — Person, die nach dem Tod eines Verwandten etwas bekommt

*entlasten* — hier: weniger zahlen lassen

*die Staatsverschuldung*, -en — Schulden des Staates

*die Umverteilung*, -en - von: umverteilen = anders oder neu verteilen

*umkehren* — in das Gegenteil verändern

*die Besteuerung*, -en - von: besteuern, Steuern verlangen von D.

*die Erbschaft*, -en — Gebäude, Geld oder Gegenstände, die man nach dem Tod einer Person bekommt

*die Bewältigung*, -en — von: bewältigen, eine schwierige Aufgabe lösen

*die Vermögensabgabe*, -n — Steuer, die man für ein Vermögen bezahlen soll

*die Energiewende* — Änderung der Energiepolitik hin zu erneuerbaren Energien, die immer wieder entstehen (z.B. Wasserkraft, Wind und Solarenergie)

*sich leisten können* — hier: zahlen können

*der Generalsekretär, -e* — Manager der Partei

*der Benachteiligte, -n* — Person, die wenig verdient und kein Vermögen hat

*der Leistungsfähige, -n* — Person, die gut verdient und Vermögen hat

*gegeneinander ausspielen* — hier: im Wechsel eine Personengruppe als Argument gegen eine andere (zum eigenen Vorteil) nennen

*die Steuerlast, -en* — Geld, das man als Steuer bezahlen muss

*verfassungswidrig* — so, dass es die Regeln der Verfassung nicht achtet

*erklären für A.* — offiziell sagen, dass etwas ... ist

*abschaffen* — hier: außer Kraft setzen, nicht mehr gelten lassen

*der Mittelstand* — soziale Klasse, der es finanziell ziemlich gut geht

*das mittelständische Unternehmen* — Firma mit circa 50 bis 500 Mitarbeitern

*hoch belasten* — hier: hohe Steuern verlangen von D.

*die Wettbewerbsfähigkeit* — Möglichkeit, im wirtschaftlichen Kampf bestehen zu können

*das Wachstum* — von: wachsen

*der Aufschwung* — Verbesserung der wirtschaftlichen Lage

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs austausch).



5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

### **Text 3 Sollen Krankenkassen Homöopathie bezahlen?** (aus „Deutsch perfekt“ 9/2010)

Deutsche Krankenkassen zahlen für *Homöopathie*, Kritiker wollen das nicht mehr akzeptieren. Sie meinen, dass Homöopathie nicht hilft und zu viel Geld kostet. Stimmt es wirklich? Ja oder nein?

**Ja** *Cornelia Bajic ist erste Vorsitzende des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte.*

Seit einigen Jahren gibt die Politik in Deutschland den Krankenkassen die Möglichkeit, spezielle Verträge mit Ärzten abzuschließen, um ein größeres Angebot zu erhalten. Auch *Flexibilität* und *Variabilität* wird so in den stark reglementierten Gesundheitsmarkt gebracht. Die Kosten für Homöopathie werden in Deutschland seit sechs Jahren auf dieser Basis von mehr als 100 *gesetzlichen Krankenkassen* bezahlt. Das Interesse an dieser Therapie wächst immer weiter.

Nun behaupten Kritiker, die *Wirksamkeit* der Homöopathie sei nicht *belegt*. Deswegen sollen die Kosten nicht mehr bezahlt werden. Das aber ist falsch. Die Wirksamkeit homöopathischer Mittel, also die *Fähigkeit* Krankheiten zu *heilen*, wurde in vielen *Studien* festgestellt. Auch die Kosteneffizienz ist durch Studien belegt. Das kann man zum Beispiel auf [www.welt-der-homoeopathie.de](http://www.welt-der-homoeopathie.de) lesen. Nur der Wirkmechanismus ist noch unklar. Die Erfahrung homöopathischer Ärzte und der Patienten ist, dass Homöopathie funktioniert; man muss nur noch feststellen wie.

Es gibt sehr viele Phänomene auf unserer Erde, die wir noch nicht erklären können — trotzdem sind sie da. Hier muss die Wissenschaft ohne Vorurteile sein. Sie hat den wichtigen Auftrag, das Unerklärliche zu erklären.

Wegen dieser Überlegungen gibt es nur eine Antwort auf diese Frage: Natürlich sollten Krankenkassen die Homöopathie auch in Zukunft bezahlen dürfen, weil sie eine *Heilkunst* ist. Homöopathie kann Menschen bei leichten und schweren Krankheiten helfen und sie heilen. Viele Patienten dürften das erfahren und vielen weiteren sollte die Möglichkeit dazu gegeben werden.

**Nein** *Edzard Ernst ist Professor für Alternativmedizin an der britischen Universität Exeter. Er kommt aus Deutschland.*

Die Krankenkassen sollen den Patienten Therapien bezahlen, die *nachweislich* mehr Nutzen als Schaden bringen. Die Homöopathie erfüllt dieses Kriterium nicht. Ihre *Grundannahmen* sind wissenschaftlich nicht belegt. Wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass die ungefähr 150 heute existierenden klinischen Studien zu diesem Thema die Wirksamkeit der Homöopathie nicht beweisen. Es gibt fast 20 systematische Analysen dieser Daten, die alle dasselbe Ergebnis haben: *Hoch verdünnte* homöopathische Mittel sind nicht wirksam, sondern nur *Placebos*. Die Homöopathie ist heute also wissenschaftlich *widerlegt*.

Dass Homöopathie trotzdem bei vielen Menschen sehr populär ist, liegt an Placebo — und anderen unspezifischen Effekten, und auch an der empathischen und *ausführlichen* Konsultation. Hier sollte *sich* die Schulmedizin etwas *von* den Homöopathen *abschauen*, denn man braucht keine Placebos, um diesen Nutzen zu erhalten. Jeder Arzt sollte zum Beispiel genug Zeit für seine Patienten haben.

Auch wenn hoch verdünnte homöopathische Mittel *harmlos* sind, gilt dies leider nicht für alle Homöopathen. Sie können

Patienten großen Schaden bringen — zum Beispiel, wenn sie bei therapierbaren Krankheiten effektive Behandlungen verhindern. Leider ist dieser Fall nicht selten.

Ein Vergleich von Nutzen und Risiko *fällt* für die Homöopathie deshalb ganz ohne Zweifel negativ *aus*. Wenn Krankenkassen Homöopathie bezahlen, dann bleibt weniger Geld für Therapien mit mehr Nutzen als Risiko. Das ist dann vor allem für den Patienten ein Nachteil.

### **Texterläuterungen**

*die Homöopathie* — wurde in Deutschland erfunden von dem Arzt Samuel Hahnemann. Er publizierte seine Ideen zu dieser Therapie 1796 zum ersten Mal.

*die Flexibilität* — von: flexibel, hier: so, dass man individuell eine Therapieform wählen kann

*die Variabilität* — von: variabel, hier: so, dass man zwischen schulmedizinischen und homöopathischen Therapieformen wechseln kann

*die gesetzliche Krankenkasse, -n* — private Krankenversicherung: Ein Gesetz bestimmt, welche Leistungen sie den Mitgliedern anbieten muss.

*die Wirksamkeit* — Effektivität

*belegen* — hier: beweisen

*die Fähigkeit* — hier: Können

*heilen* — gesund machen

*die Studie, -n* — wissenschaftliche Untersuchung

*die Heilkunst* — Wissen und Können Krankheiten zu heilen

*nachweislich* — so, dass man es mit Tests beweisen kann

*der Nutzen* — Vorteil

*die Grundannahme, -n* — Vermutung als Grundlage

*hoch* — hier: sehr stark

*verdünnen* — hier: eine feste Substanz mit einer flüssigen mischen

*das Placebo*, -s — einem echten Arzneimittel im Aussehen, Geschmack usw. gleichendes, unwirksames Scheinmedikament

*widerlegen* — hier: beweisen, dass etwas nicht effektiv ist

*ausführlich* — hier: lang, mit der Zeit

*sich abschauen von D.* — Sinnvolles oder Nützlichendes übernehmen von D.

*harmlos* — nicht gefährlich

*ausfallen* — hier: sein

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

### **Text 4 Ist das deutsche Gesundheitssystem ungerecht?**

(aus „Deutsch perfekt“ 6/2012)

Das deutsche Gesundheitssystem mit *gesetzlicher* und *privater Krankenversicherung* nebeneinander ist eines der teuersten der Welt. Trotzdem haben viele Deutsche das Gefühl, in einer Zweiklassengesellschaft zu leben, wenn sie zum Arzt gehen. Wir fragen, ob das deutsche Gesundheitssystem ungerecht ist. Ja oder nein?

**Ja Karl Lauterbach ist Arzt und sitzt für die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag.**

Wir haben eine Zweiklassenmedizin. Für ein sozial gerechtes und zukunftsorientiertes Gesundheitssystem brauchen wir einen dritten Weg, fern von Marktradikalisierung und Staatsmedizin. Das zentrale *Anliegen* dabei muss die Überwindung des dualen Versicherungssystems sein. Denn dieses führt bei Privatpatienten zu geringeren Wartezeiten, der Verschreibung von teureren Medikamenten und einer besseren Versorgung mit Spezialisten. Für Ärzte lohnt es sich wegen der *Gebührenordnung* deutlich mehr, Privatversicherte zu behandeln.

Diese unsolidarische und ungleiche Versicherung und medizinische Versorgung ist durch nichts zu begründen. Wir brauchen eine Bürgerversicherung, für die gilt: *Von allen — und vor allem für alle*. Ungerechtigkeiten entstehen in unserem Gesundheitssystem schon im Kindesalter. Die sozialen Verhältnisse, in denen ein Mensch aufwächst, sind entscheidend. Der *Zugang* zu Bildung *wirkt sich* wesentlich auf das spätere Einkommen *aus*. Höheres Einkommen bedeutet in der Regel ein gesünderes und längeres Leben. Bei Kindern aus Familien mit einem hohen Sozialstatus werden zu Beginn der Schulzeit deutlich weniger Entwicklungsdefizite diagnostiziert, und viele chronische Krankheiten kommen seltener vor.

Bildung und Gesundheit sind zwei zentrale Elemente der Chancengleichheit. Die *Gesundheitsversorgung* darf nur vom medizinischen *Bedarf* des Patienten abhängen und nicht von Einkommen oder *Herkunft*. Eine gute Gesundheitspolitik sorgt dafür, dass das Gesundheitssystem allen nützt — ob Arm oder Reich. Sie garantiert zum Beispiel, dass es genug Geld für die Aus- und Weiterbildung von Ärzten gibt und die Forschung in Deutschland unterstützt wird. Dann könnte das deutsche Gesundheitssystem wieder eines der besten der Welt werden.

**Nein** *Annette Widmann-Mauz ist Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium und Christdemokratin.*

Unser duales Krankenversicherungssystem mit zwei sehr unterschiedlichen, parallel existierenden *Zweigen* ist weltweit beispiellos. Die Existenz von gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV) nebeneinander ist in Deutschland historisch gewachsen und hat *sich bewährt*.

Die Mehrheit der Deutschen — rund 70 Millionen — sind gesetzlich versichert. In der PKV sind circa neun Millionen Versicherte. Die PKV versichert nur Angestellte, deren Bruttoeinkommen über der gesetzlichen Versicherungspflichtgrenze von 50 850 Euro pro Jahr liegt. Außerdem können sich auch Selbständige und Beamte bei der PKV versichern. Beide Versicherungsarten haben Vor- und Nachteile. Die GKV garantiert ihren Versicherten alle medizinisch notwendigen Leistungen nach dem *Stand* der Wissenschaft. Außerdem bietet sie ihren Versicherten einige Leistungen, die meist für PKV-Versicherte nicht gelten. Dazu gehören zum Beispiel die beitragsfreie Mitversicherung von Familienmitgliedern (vor allem Kinder und nicht arbeitende Ehepartner), *Mutterschaftsgeld* oder Kinderkrankengeld. Der Leistungskatalog der GKV gilt im Wesentlichen für alle Versicherten gleich. In der PKV gilt der individuell vereinbarte Tarif. Wer will — und wer dafür bezahlen möchte — kann Extraleistungen vereinbaren, wie zum Beispiel eine Behandlung durch den Chefarzt oder das Ein- oder Zweibettzimmer im Krankenhaus.

Wir wollen in Deutschland keine *Einheitskasse*. Im Gegenteil: Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das Nebeneinander — und die *Konkurrenz!* — der beiden Systeme dazu beiträgt, dass sowohl die GKV als auch die PKV sich permanent weiterentwickeln und verbessern müssen. Und das ist gerecht, denn von diesem *Wettbewerb profitieren* außer den *Akteuren* im Gesundheitssystem vor allem die Patienten.

## Texterläuterungen

*die gesetzliche / private Krankenversicherung* — Ein Gesetz bestimmt, welche Leistungen sie den Mitgliedern anbieten muss.

*die Gesundheitsversorgung* — alle medizinischen Leistungen, Medikamente und Hilfsmittel

*die Einheitskasse* — hier: gleiche Krankenversicherung für alle

*das Anliegen* — hier: Ziel

*die Gebührenordnung* — hier: offizielle Regelung, nach der Ärzte Gebühren für alle medizinischen Leistungen außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung verlangen dürfen

*Von allen — und vor allem für alle.* — gemeint ist: Von allen gezahlt, und alle Leistungen soll es für alle Mitglieder geben.

*der Zugang* — hier: Möglichkeit, zu lernen und zu studieren

*sich auswirken* — einen bestimmten Effekt haben

*der Bedarf* — hier: alle Dinge und Therapien, die nötig sind

*die Herkunft* — hier: Ort / Familie, wo man geboren und aufgewachsen ist

*der Zweig* — hier: Bereich, Sektor

*sich bewähren* — zeigen, dass etwas gut passt oder funktioniert

*der Stand* — hier: bestimmte Stufe innerhalb einer Entwicklung

*das Mutterschaftsgeld* — Geld, das berufstätige Frauen während der Schutzfristen vor und nach der Geburt eines Kindes anstelle eines Arbeitslohns bekommen

*die Konkurrenz* — hier: Situation, dass es mehrere Krankenversicherungen gibt

*der Wettbewerb* — hier: Kampf um wirtschaftliche Vorteile

*profitieren* — Vorteile haben

*der Akteur, -e (franz.)* — hier: Krankenkassen, Ärzte und alle anderen Gesundheitsberufe

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

### **Text 5 Sollen Bewerbungen anonymisiert sein?**

*(aus „Deutsch perfekt“ 11/2010)*

Fünf deutsche Arbeitgeber wollen von ihren Bewerbern jetzt — anders als in Deutschland üblich — Lebensläufe ohne Namen, Fotos, Angaben zum Familienstand, Alter und Geschlecht. Nicht alle Firmen finden diese Idee gut. Wir fragen, ob Bewerbungen anonymisiert sein sollen. Ja oder nein?

**Ja** *Christine Lüders ist Leiterin der Antidiskriminierungsstelle der deutschen Regierung.*

Frauen mit Kindern, ältere Bewerberinnen und Bewerber und Menschen mit ausländischen Namen haben bei Bewerbungsverfahren deutlich schlechtere Chancen, zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden als andere. Das zeigen wissenschaftliche Untersuchungen und unsere Erfahrungen. Das ist nicht nur ungerecht, es schadet auch der Wirtschaft. Deshalb haben wir bei *Unternehmen* und *Behörden dafür geworben*, ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren zu testen.



Das deutschlandweite Pilotprojekt startet mit fünf Arbeitgebern, darunter die Deutsche Post, die Deutsche Telekom und das Bundesfamilienministerium. Ein Jahr lang wollen wir testen, ob und wie anonymisierte Bewerbungsverfahren in Deutschland funktionieren können.

Kein Foto, kein Name, keine Angaben über *Herkunft*, Familienstand und Alter — hier sind nur die Qualifikationen wichtig. Die verschiedenen Möglichkeiten, wie das in der Praxis realisiert werden kann, wollen wir während des einjährigen, *wissenschaftlich begleiteten* Modellprojekts *herausfinden*.

Wir werben hier für eine völlig neue *Bewerbungskultur*. Das verursacht sehr viele Diskussionen — obwohl wir keine gesetzliche Pflicht wollen, sondern *auf* Freiwilligkeit und Überzeugung *setzen*. Die bisher genannten Argumente gegen anonymisierte Bewerbungen sind oft falsch. Es gibt, außer bei Schauspielern und in wenigen Einzelfällen (wie eine Betreuerstelle in einer Mädchenschule), kaum Berufe, bei denen das Geschlecht oder Alter — objektiv gesehen — wichtig ist. Es ist auch kein großer bürokratischer *Aufwand*, zum Beispiel die *Eingabemaske* für eine Onlinebewerbung zu ändern. Und *Vielfalt* tut uns allen gut.

**Nein** Roland Wolf ist Leiter der Abteilung Arbeitsrecht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Vielfalt in der Belegschaft ist für die Betriebe in Deutschland zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Forderung, Lebensläufe allgemein zu anonymisieren, ist daher unnötig, *praxisuntauglich* und im Einzelfall sogar kontraproduktiv. Arbeitgeber vertrauen auf die Potenziale und Talente aller Mitarbeiter — besonders mit Blick auf die demografische Entwicklung. Unternehmen wollen und können es sich nicht leisten, sehr gute Bewerber nach unsachlichen Kriterien *auszusortieren*. Entscheidendes Kriterium bei der Wahl geeigneter Bewerber ist und bleibt deren Qualifikation. Die

Anonymisierung behindert sogar *Maßnahmen* zur Erhöhung der Vielfalt in Belegschaften. Es muss auch in Zukunft möglich bleiben, gemischte Teams mit unterschiedlichen Qualifikationen schnell und passend zu organisieren.

Soll jeder Unternehmer jede Bewerbung erst an einen Dritten geben, damit dieser teuer und *zeitaufwendig* aus den Dokumenten die persönlichen Daten entfernt? Es ist absurd, wenn aus jedem einzelnen Arbeitszeugnis alle Wörter *gestrichen* werden, aus denen das Geschlecht des Bewerbers *erraten* werden kann. Ebenso müssten zum Beispiel alle Daten, durch die das Alter, Sprachkenntnisse oder die Herkunft zu erkennen sind, gestrichen werden. Übrig bleiben „*Bewerbungsunterlagen*“, die niemandem nützen. Erfahrungen mit anonymisierten Bewerbungen im Ausland zeigen, dass die *erhofften* positiven Effekte nicht *belegbar* sind. Spätestens das Bewerbungsgespräch führt zur *Aufhebung* der Anonymisierung. Sicher sind nur der bürokratische Mehraufwand und die höheren Kosten. Jedes Unternehmen muss das Bewerbungsverfahren selbst bestimmen. Es wäre ein Schaden für die Bewerbungskultur, wenn politischer Druck zur Diskriminierung von Unternehmen führt, die sich für das klassische Bewerbungsverfahren entscheiden.

### **Texterläuterungen**

*das Unternehmen* — Firma

*die Behörde* — Amt

*werben für A.* — hier: versuchen, viele Unterstützer für eine Idee zu bekommen

*die Herkunft* — hier: Ort oder Familie, wo man geboren oder aufgewachsen ist

*wissenschaftlich begleitet* — von Wissenschaftlern betreut

*herausfinden* — entdecken

*die Bewerbungskultur* — Art, wie eine Bewerbung funktionieren soll

*setzen auf A.* — vertrauen auf A.

*der Aufwand* — Kosten, Arbeitszeit

*die Eingabemaske* — Formular am Computer, in das man Daten schreibt

*die Vielfalt* — hier: verschiedene Menschen

*die Bundesvereinigung* — Organisation für ganz Deutschland

*der Arbeitgeberverband* — Organisation von Arbeitgebern aus der gleichen Branche der Wirtschaft

*die Belegschaft* — Personen, die bei einer Firma arbeiten

*praxisuntauglich* — so, dass es in Wirklichkeit nicht funktionieren kann

*unsachlich* — nicht objektiv

*aussortieren* — hier: im Entscheidungsprozess nicht berücksichtigen

*die Maßnahme* — Handlung, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen

*zeitaufwendig* — so, dass es zu viel Zeit braucht

*streichen* — hier: einen Strich durch das Wort machen

*erraten* — richtig raten

*die Bewerbungsunterlagen* — Sammlung von Lebenslauf und Zeugnissen für eine Bewerbung

*erhoffen* — etwas Positives erwarten

*belegbar* — so, dass man etwas beweisen kann

*der Druck* — hier: Aktionen, mit denen man versucht zu erreichen, dass etwas Bestimmtes getan wird

*die Aufhebung* — von: aufheben, hier: nicht länger gültig sein

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).

5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

### **Text 6 Ist das Betreuungsgeld sinnvoll?**

(aus „Deutsch perfekt“ 2/2012)

Wer sein Kind in Deutschland bis zu einem Alter von drei Jahren nicht in eine Kinderkrippe gibt, soll ab nächstem Jahr Betreuungsgeld bekommen. Kritiker sagen, dass dies familienpolitischer Unsinn ist. Wir fragen, ob das Betreuungsgeld sinnvoll ist. Ja oder nein?

**Ja** *Dorothee Bär ist familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.*

Der *Koalitionsausschuss* hat mit seiner Entscheidung, das Betreuungsgeld  *einzuführen*, ein wichtiges Signal an alle Familien gegeben. Er hat öffentlich gezeigt, dass *sich* Familien nicht einem staatlich *vorgegebenen Leitbild anpassen* müssen — nämlich dem der Betreuung von Kleinkindern in Krippen-, um finanzielle Unterstützung zu erhalten, sondern dass der Staat akzeptiert, dass Familien in eigener Verantwortung entscheiden, wie sie ihr Leben planen.

Wir geben viel Geld aus, um dafür zu sorgen, dass es Kinderbetreuungsplätze für die unter Dreijährigen gibt. Es ist wichtig, dass alle Eltern, die einen Krippenplatz für ihre über einjährigen Kinder wünschen, einen Platz bekommen können. Aber wir müssen auch die Eltern unterstützen, die sich gegen eine Krippenbetreuung und für eine familiäre oder familiennahe Betreuung aussprechen. Mit dem Betreuungsgeld öffnen wir diese Option. Dass das Betreuungsgeld *Bildungschancen* verhindert, ist Unsinn. Für die ein- und zweijährigen Kinder steht nicht das *Bedürfnis* nach Bildung, sondern nach sicherer

*Bindung* an erster Stelle. Und die erste Bindung eines Kindes ist die an seine Eltern oder an die *feste Bezugsperson*. Für kleine Kinder ist die familiäre oder familiennahe Betreuung der institutionellen wenigstens gleichwertig, wenn nicht sogar sehr viel besser. Kinder brauchen gerade in ihrer ersten Lebensphase feste Bezugsperson und liebevolle *Zuwendung*, damit sie ihre Talente entwickeln können.

Kinderbetreuungseinrichtungen können eine wichtige Ergänzung zum Bildungsort Familie sein. Doch die in den meisten deutschen Krippen noch übliche Gruppengröße kann von vielen Ein- und Zweijährigen *als Stress empfunden* werden. Wenn Eltern deshalb für ihr Kind lieber eine individuellere Betreuung nutzen möchten, muss der Staat auch diese Option finanziell unterstützen.

**Nein** *Caren Marks ist familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.*

Laut einer Emnid-Umfrage sprechen sich 80 Prozent der Bundesbürger dafür aus, die für das Betreuungsgeld geplanten Mittel lieber für den Ausbau von *Kindertagesstätten* auszugeben. Auch *Fach- und Sozialverbände*, viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Gewerkschaften sprechen sich seit Langem gegen das Betreuungsgeld aus. Der Arbeitgeberverband BDA und der Deutsche *Gewerkschaftsbund* haben am 30. November sogar eine gemeinsame *Erklärung* mit der Überschrift „Bessere Bildung statt Betreuungsgeld“ veröffentlicht.

*Schwarz-Gelb* will ein Betreuungsgeld statt der *Inanspruchnahme* einer Kindertageseinrichtung zahlen. Das würde Kosten von etwa zwei Milliarden Euro jährlich verursachen. Man stelle sich das einmal vor: Jemand nutzt ein ganzes Jahr lang nicht die Stadtbibliothek oder das städtische Schwimmbad und bekommen dafür monatlich vom Staat einen Geldbetrag überwiesen. Die Idee eines Betreuungsgeldes ist absurd.

Die „Fernhalteprämie“ ist ein vergiftetes Geschenk. Damit würde der *Gesetzgeber* finanzielle *Anreize* schaffen, die Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten von Kindern und die Berufstätigkeit von Eltern, besonders von Müttern, zu reduzieren, statt zu erhöhen. Das Betreuungsgeld würde klar *gegen das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes verstoßen*, denn es hilft der tatsächlichen Realisierung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht. Ich sehe auch einen Widerspruch zu dem Auftrag des Staates nach Artikel 6 Absatz 1 Grundgesetz: Er muss die Erziehungsleistung aller Eltern unabhängig von der *Ausgestaltung* der Kinderbetreuung unterstützen. Hier kommen also große verfassungsrechtliche Probleme auf die Regierung zu. All diese Probleme kann die Bundesregierung sofort lösen, wenn sie endlich die geplante Einführung des Betreuungsgeldes aufgibt.

### **Texterläuterungen**

*die Sprecherin*, -nen — hier: Politikerin, die offizielle Informationen über die Ziele ihrer Partei zum Thema Familie an die Öffentlichkeit gibt

*die CDU* — Christlich-Demokratische Union

*die CSU* — Christlich-Soziale Union

*der Koalitionsausschuss* — hier: Gruppe von Politikern der drei Regierungsparteien im Parlament, die sich um ein bestimmtes Thema kümmert

*einführen* — hier: etwas Neues beschließen

*vorgeben* — hier: als Ideal genannt

*das Leitbild*, -er — hier: Beispiel, an dem sich alle orientieren sollen  
sich anpassen — hier: sich orientieren an

*die Bildungschancen* — Möglichkeit, eine gute Ausbildung zu erhalten

*das Bedürfnis*, -se — Wunsch; Sache, die man braucht

*die Bindung*, -en — emotionale Beziehung

*fest* — hier: immer dieselbe

*die Bezugsperson*, -en — Person, zu der man eine enge Beziehung hat

*die Zuwendung* — freundliches Interesse, Beachtung

*empfinden als* — fühlen als; finden, dass ... ist

*die SPD* — Sozialdemokratische Partei Deutschlands

*die Kindertagesstätte*, -n — Kindergarten für den ganzen Tag; auch: Kinderkrippe

*die Kinderkrippe* — Institution, in der Kleinkinder bis drei Jahre betreut werden

*der Fachverband* — Organisation für spezielle Interessen von Firmen

*der Gewerkschaftsbund* — Organisation, zu der sich mehrere Gewerkschaften verbunden haben

*die Erklärung*, -en — Mitteilung

*Schwarz-Gelb* — Name für die Koalition aus CDU/CSU und den Liberalen

*die Inanspruchnahme*, -n — Nutzen einer Sache oder Möglichkeit

*die Fernhalteprämie*, -n — ironisch: Betrag, den man vom Staat dafür bekommt, dass man sein Kind von einer Kinderkrippe fernhält

*fernhalten* — hier: nicht hingehen lassen

*der Gesetzgeber* — hier: Parlament, das Gesetze beschließt

*der Anreiz*, -e — Sache, die motiviert

*das Gleichstellungsgebot* — Pflicht des Staates, die Realisierung der Gleichberechtigung zu unterstützen

*das Grundgesetz* — Name der deutschen Verfassung

*die Verfassung* — hier: schriftliche Form für die politischen und rechtlichen Grundregeln in einem Staat

*verstoßen gegen* — sich nicht orientieren an

*die Ausgestaltung* — von: ausgestalten, hier: dafür sorgen, dass es mehr Betreuungsmöglichkeiten gibt

*sich aussprechen gegen* — öffentlich sagen, dass man dagegen ist

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Thema IV Das Schulwesen in Deutschland**

### **Text 1 Ist Sitzenbleiben sinnvoll?**

*(aus „Deutsch perfekt“ 9/2011)*

Wenn ein Schüler in Deutschland sehr schlechte Noten hat, muss er die Klasse wiederholen. So war das bisher. Einige Bundesländer aber wollen, dass Schüler automatisch weiterkommen. Wir fragen: Ist Sitzenbleiben sinnvoll? Ja oder nein?

**Ja** *Josef Kraus ist Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und Direktor an einem bayerischen Gymnasium.*

Die *Abschaffung* des Sitzenbleibens hat weder pädagogisch noch finanziell eine positive Wirkung. Diese Idee ist im Gegenteil ein schulpolitischer *Ladenhüter* von Leuten, die angeblich das Risiko des Misserfolgs ausschließen möchten. Tatsächlich schaffen sie so aber das Prinzip der *Eignung* ab. Sie wollen jedem formal das Abitur möglich machen und



das Schulsystem *vereinheitlichen*. Das Wiederholen einer Klasse hat aber einen guten pädagogischen Grund. Man hilft Schülern nicht, wenn man sie trotz großer Wissensdefizite, zum Beispiel mit drei oder mehr *Fünfen und Sechsen*, in die nächste Klassenstufe bringt. Ein Wiederholungsjahr ist vor allem eine Chance zur kritischen *Selbstreflexion*, zum Neuanfang und zur Stabilisierung. Es gibt genug Beispiele von Politikern bis hin zum aktuellen Bundespräsidenten, von Wissenschaftlern und vielen anderen Leuten, die später in ihrem Berufsleben erfolgreich waren, obwohl sie ein Schuljahr wiederholt haben. Sie sind *daran* nicht *zerbrochen* — im Gegenteil. Ein *nicht erreichtetes Klassenziel* sollte für die Eltern aber Grund sein, zu überlegen, ob das Kind überhaupt die richtige Schulform besucht. Es ist auch eine *Milchmädchenrechnung* zu glauben, mit der Abschaffung des Sitzenbleibens könnten Lehrer und Gelder frei werden. Die Tatsache, dass Schüler eine Klasse wiederholen, bedeutet nicht, dass mehr Klassen *geschaffen* werden müssen und dazu mehr Lehrer gebraucht werden. Die ökonomische Betrachtung einer solchen pädagogischen Frage ist ein *Unding*. Überhaupt sollte man das Sitzenbleiben in seinem *Ausmaß* nicht dramatisieren. Von den zwölf Millionen Schülern in Deutschland wiederholen pro Jahr rund 200 000 eine Klassenstufe. Das sind weniger als zwei Prozent. Ein *Katastrophengeschrei* ist allein schon deshalb nicht passend.

**Nein** Klaus Klemm ist Professor für Bildungswissenschaften im Ruhestand. Er ist Mitglied der Arbeitsgruppe Bildungsforschung.

„Sitzenbleiben“ — dieses so „erprobte“ Instrument der deutschen Schule — ist in die Kritik gekommen, auch durch die erste PISA-Studie, die deutlich machte, dass etwa ein Viertel aller 15-Jährigen mindestens einmal eine Klasse wiederholt hatte. Die Debatte um den Sinn von Klassenwiederholungen, die damals begann, zeigt inzwischen Wirkung: 2000 mussten noch 3,2 Prozent aller Schülerinnen und Schüler eine Klasse wiederholen, 2009 waren dies nur noch 2,1 Prozent!

Das ist eine gute Entwicklung: Denn im Gegensatz zu den positiven Erwartungen, die dem *Einsatz* von Klassenwiederholungen *entgegengebracht* werden, kommt die empirische Schulforschung zu einem meistens kritischen Urteil. Weder, so ihre Ergebnisse, lässt sich bei der Leistungsentwicklung von Sitzenbleibern eine *nachhaltige* Wirkung beobachten, noch lässt sich feststellen, dass die leistungsstärkeren Schüler und Schülerinnen durch das „*Aussortieren*“ der Schwächeren Vorteile haben, also dass das Bemühen um die Herstellung prinzipiell leistungshomogener Lerngruppe *leistungssteigernd* wirken würde. Ein vergleichender Blick auf die Bundesländer unterstützt die These der Wirkungslosigkeit von Klassenwiederholungen: In Baden-Württemberg blieben 2009 deutschlandweit mit 1,2 Prozent die *mit Abstand* wenigsten Schülerinnen und Schüler sitzen, in Bayern aber mit 3,2 Prozent die meisten. Beide Länder sind jedoch bei innerdeutschen Leistungsvergleichen seit Jahren dicht beieinander auf den besten Plätzen. Bei Betrachtung der Forschungslage zur Wirkung von Klassenwiederholungen sollte die Schulpolitik das Sitzenbleiben weiter *zurückdrängen*: Die knapp eine Milliarde Euro, die das Sitzenbleiben jährlich kostet, wären besser investiert, wenn sie präventiv für die *Förderung* Leistungsschwächeren eingesetzt würden.

### **Texterläuterungen**

*das Sitzenbleiben* — unfreiwillige Wiederholung einer Klasse

*der Lehrerverband* — Organisation für die Interessen von Lehrern

*die Abschaffung* — von: abschaffen, hier: beenden

*der Ladenhüter* — Produkt, das niemand kauft und das deshalb lange im Laden bleibt. Hier: alte Idee, die in der Realität keinen positiven Effekt hat.

*die Eignung, -en* — Können

*vereinheitlichen* — hier: in allen Bundesländern die gleiche Schulform anbieten

*die Fünf und die Sechs*, -en — hier: die schlechtesten Noten im deutschen Schulsystem

*die Selbstreflexion*, -en — Nachdenken über sich selbst

*zerbrechen an D.* — hier: psychisch krank werden wegen G.

*das nicht erreichte Klassenziel* — Sitzenbleiben

*die Milchmädchenrechnung*, -en — schlechte Planung, unlogische Argumentation

*schaffen* — hier: anbieten

ist ein *Unding* — ist dumm, unpassend, unmöglich

*das Ausmaß*, -e — Maß, Intensität

*das Katastrophengeschrei* — übertriebene Warnung über den schlimmen Zustand einer Sache oder einer Situation

*im Ruhestand sein* — in Rente sein

*erprobt* — lange und häufig getestet (hier ironisch)

*das Instrument* — hier: Mittel, Möglichkeit

*die Studie*, -n — wissenschaftliche Untersuchung

*der Einsatz* — von: einsetzen, hier: benutzen, verwenden

*entgegenbringen* — seine Ansicht zu einer Sache zeigen

*nachhaltig* — so, dass es einen langen und intensiven Effekt hat

*aussortieren* — schlecht gearbeitete Produkte aus einer Menge herausnehmen, hier: schlechte Schüler aus einer Klasse herausnehmen

*leistungssteigernd* — so, dass die Leistung besser wird

*mit Abstand* — mit großem Unterschied zu anderen

*zurückdrängen* — hier: weniger verwenden

*die Förderung*, -en — hier: spezielle Lernhilfe

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.

4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs-austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Thema V Der Umweltschutz**

### **Text 1 Soll die EU Plastiktüten verbieten?**

*(aus „Deutsch perfekt“ 10/2011)*

In vielen Ländern gilt es schon: das Verbot von Plastiktüten. Die Europäische Kommission plant ein solches Verbot nun für die gesamte Europäische Union — um die Umwelt zu schützen. Aber wären die Alternativen wirklich besser? Ja oder nein?

**Ja** *Jörg Feddern ist Meeresbiologe und arbeitet für die Umweltschutzorganisation Greenpeace.*

Wir haben uns schon viel zu sehr an angebliche *Bequemlichkeiten* in unserem Alltag gewöhnt, ohne an die Konsequenzen für die Umwelt zu denken. Ein gutes Beispiel dafür ist die Plastiktüte. Jeder von uns benutzt davon statistisch gesehen pro Jahr und pro Kopf 65 Stück. Zusammengerechnet sind dies 5,3 Milliarden Tüten jährlich nur in Deutschland. Für deren Produktion werden 300 bis 400 Millionen Liter Erdöl gebraucht. Damit verbunden ist eine CO<sub>2</sub>-Emission von 478 000 Tonnen. Nach einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von wenigen Stunden ist alles vorbei. Dann landet die Plastiktüte im besten Fall in einer *Wertstofftonne* und kann dann einem Recyclingsystem *zugeführt* werden. Im schlimmsten Fall bleibt sie jedoch über mehrere Jahrzehnte, wenn nicht sogar

Jahrhunderte, in der Umwelt. Dort kann die Plastiktüte sehr große Schäden anrichten. Häufig endet ihr Weg in den Meeren, wo gigantische schwimmende Plastikteppiche vielen Tieren den Tod bringen. Meeresvögel wie Albatros und Eissturmvogel verwechseln die Plastikreste mit Nahrung und sterben, da in ihren Mägen kein Platz mehr für Wasser und echte Nahrung übrig bleibt. Und seien wir mal ehrlich, sollte sie verboten werden, würden wir sie wirklich *vermissen*? Oder schaffen wir es nicht sogar ganz einfach, wieder die gute alte Einkaufstasche oder eine Stofftasche zu verwenden?

Viele Länder rund um den Globus, darunter Italien, Frankreich, China und Australien oder Bangladesch, haben den *zweifelhaften Nutzen* der Plastiktüten schon erkannt und sie verboten. Auch die Europäische Kommission wird bald *verbindliche Maßnahmen zur Eindämmung der Tütenflut* in den Mitgliedsländern *ergreifen*. Es ist zu wünschen, dass die Plastiktüte dann in ganz Europa *der Vergangenheit angehört*.

**Nein** *Holger Kraemer ist umweltpolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament.*

Die EU-Kommission plant ein Plastiktütenverbot. Die öffentlichen Reaktionen auf solche Verbotsvorschläge gleichen sich. Viele Menschen fühlen sich in ihrem *schlechten Umweltwissen* getroffen und finden solche Aktivitäten gut. Sie denken an die von ihrem letzten Einkauf mitgebrachte Plastiktüte und an Medienberichte über Kunststoffabfälle in den Weltmeeren. Schnell folgt das *Totschlagargument*: „Irgendwo muss man ja anfangen.“ Wie häufig in umweltpolitischen Debatten unserer Zeit werden rationale Argumente kaum akzeptiert. Die unkontrollierte *Verbreitung* von Plastikmüll ist wirklich ein Problem. Aber *geht* dieses Problem *von Europa aus*, wo die *Entsorgung* von Müll gut organisiert ist? Plastiktüten *machen* nur einen marginalen Teil der Verwendung von Kunststoffen in Produkten *aus*. Sie *stammen* zunehmend aus recyceltem Material, sind also bereits Teil

eines *Stoffkreislaufes*. Aus Gründen der *Wirtschaftlichkeit* und der EU-Abfallgesetze landet immer weniger Plastikmüll auf *Deponien*, sondern findet Verwendung in neuen Produkten. Auch vor Kunststoffen stoppt der technische Fortschritt nicht. Neuere Entwicklungen sind biologisch *abbaubare*, *kompostierbare* Kunststoffe. *Selbsterfallene* Kunststoffe durch Sonnenlicht und *Sauerstoff* sind ein weiteres Beispiel für Innovationen. Anstatt auf Verbote sollten wir *auf* Innovationen *setzen*! Jede Technologie hat nicht gewünschte *Eigenschaften*, mit denen Verbote begründbar wären. Das gilt auch für die angeblich umweltfreundlicheren Alternativen zu Plastiktüten, wie Baumwoll- oder Papiertüten, die meist nur einmal verwendet werden. Steigender Holzverbrauch und mehr *Dünge-* und *Pestizideinsatz* wären bei deren Verbreitung die Folge. Der ökologische Nutzen eines Plastiktütenverbots darf mit gutem Gewissen bezweifelt werden!

### **Texterläuterungen**

*anrichten* — hier: verursachen

*bezweifeln* — Zweifel haben an D.

*die Bequemlichkeit*, en — hier: Sache, die das Leben einfach und angenehm macht

*die Wertstofftonne*, -n — Mülltonne, in die man Material wirft, das man ein zweites Mal verwenden kann, indem man Neues daraus herstellt

*zuführen* — bringen zu D.

*vermissen* — traurig sein, weil jemand oder etwas nicht da ist

*zweifelhaft* — so, dass man Zweifel haben kann

*der Nutzen* — Vorteil

*die Eindämmung* — hier: Reduktion

*verbindliche Maßnahmen ergreifen* — hier: Regeln machen, die für alle gelten

*die Tütenflut* — hier: große Menge an Plastiktüten

*der Vergangenheit angehören* — hier: Vergangenheit sein  
*die FDP* — Freie Demokratische Partei  
*das schlechte Umweltbewusstsein* — gemeint ist: unangenehmes Gefühl, das man gegenüber der Umwelt hat  
*das Totschlagargument, -e* — Argument, gegen das niemand etwas sagen kann, weil es auf jeden Fall stimmt  
*die Verbreitung* — von: sich verbreiten, hier: überall sein  
*ausgehen von D.* — hier: seinen Beginn haben  
*die Entsorgung* — von: entsorgen, Müll wegbringen  
*ausmachen* — hier: sein  
*stammen* — hier: kommen  
*der Stoffkreislauf* — hier: Zyklus der verwendeten Kunststoffe  
*die Wirtschaftlichkeit* — von: wirtschaftlich sein, ökonomisch Sinn haben  
*die Deponie, -n* — hier: großer Platz, an dem Müll gelagert wird  
*abbaubar* — von: abbauen, wegmachen  
*kompostierbar* — so, dass man Kompost daraus machen kann  
*selbsterfallend* — hier: so, dass sie sich selbst wegmachen  
*der Sauerstoff* — Gas, das in der Luft enthalten ist, hier: O<sub>2</sub>  
*setzen auf A.* — vertrauen auf A.  
*der Düngereinsatz* — Verwendung von bestimmten Nahrungsstoffen für Pflanzen

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).

5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Text 2 Autos raus aus der Stadt?**

(aus „Deutsch perfekt“ 12/2012)

Immer mehr Städte in Deutschland reduzieren den Autoverkehr in ihren Zentren. Zum Beispiel durch Umweltzonen, in denen Autos nur fahren dürfen, wenn sie bestimmte technische Voraussetzungen erfüllen. Trotzdem gibt es Staus, Unfälle und Parkplatzprobleme. Wir fragen: Autos raus aus der Stadt? Ja oder nein?

**Ja** *Michael Cramer sitzt für die Grünen im Europäischen Parlament.*

Eine Innenstadt ohne lautes Hupen, Abgase in der Luft und den Machtkampf zwischen Auto- und Radfahrern? Dafür mit viel Platz für Kinder, Spaziergänger und Blumen? Das ist meine Vision für moderne, *lebenswerte* Städte!

Zwar sind Autos heute Teil des Alltags. Trotzdem ist in den Städten der Verkehr für 70 Prozent der *Kohlenstoffdioxid*-Emissionen verantwortlich. Wir wollen den *Klimawandel* stoppen und auch in Zukunft mobil sein. Deshalb muss der Stadtverkehr klimafreundlicher und *nachhaltiger* werden.

Autos sind nicht nur die Ursache für *klimaschädliche* Emissionen, sondern auch für gesundheitsschädliche *Luftverunreinigungen* und Lärm. Auf Europas Straßen sterben jedes Jahr 35 000 Menschen durch Autounfälle. Außerdem werden mehr als 44 Prozent der *Siedlungsflächen* in Deutschland heute dem Verkehr *zur Verfügung gestellt*. Weniger Autos in der Stadt würden also bessere Gesundheit, mehr Lebensraum und Lebensqualität für alle Einwohner bedeuten.



Die Lösungen für den städtischen *Verkehrsinfarkt* sind einfach, weil 90 Prozent aller Autofahrten in deutschen Städten kürzer als sechs Kilometer sind. Also ideale Entfernungen, um auf Bus, Bahn oder Fahrrad umzusteigen — oder zu Fuß zu gehen. Dafür muss der *öffentliche Nahverkehr* mit einem dichten Netz die *attraktivere* und kostengünstigere Alternative zum Auto sein. Außerdem muss die Infrastruktur verbessert werden, um das Radfahren sicherer und attraktiver zu machen. Das wäre umweltfreundlich, und man würde ohne Staus und Parkplatzsuche Zeit und Nerven sparen.

Leider sieht es zurzeit in den Städten anders aus: Während die Preise für Bus und Bahn jedes Jahr steigen, bleiben die Parkgebühren — wenn es überhaupt welche gibt — konstant niedrig. Das muss sich ändern. Es ist höchste Zeit für ein *Umdenken* in der städtischen Verkehrspolitik!

**Nein** Petra Müller ist *Sprecherin für Stadtentwicklung der Freien Demokratischen Partei*

Das Auto ist das wichtigste Fortbewegungsmittel des Personenverkehrs und wird es *auf lange Sicht* bleiben. Es ist für unsere Wirtschaft ebenso wichtig, wie es für den Einzelnen eine bequeme und individuelle Bewegung im städtischen Raum möglich macht. Radikale Forderungen nach einem Autoverbot in Innenstädten sind für eine liberale Partei daher unrealistisch.

Wo es nötig und möglich ist, können *verkehrsberuhigte* oder *gesperrte* Zonen schon heute *auf kommunaler Ebene* beschlossen werden, so wie zum Beispiel in der mittelalterlichen Stadtmitte meiner Heimatstadt Aachen. Die vielen Besucher mögen es, dort ungestört durch die *Altstadtgassen schlendern* zu können. Und trotzdem ist es das *berechtigte* Interesse von *Anwohnern, Händlern und Gewerbetreibenden*, auch per Auto erreichbar zu sein oder selbst ein Auto benutzen zu können. Deshalb entscheiden die Städte über *Verkehrsbeschränkungen* mit Vernunft und so, wie es für alle Seiten realistisch ist.

Den Freien Demokraten geht es nicht darum, Fußgänger, Fahrradfahrer und Autofahrer *gegeneinander auszuspielen*. Moderne *Verkehrskonzepte* müssen ökonomische und ökologische, individuelle und gemeinschaftliche Interessen miteinander verbinden. Eine Koexistenz der verschiedenen Verkehrsteilnehmer mit wenig Konflikten ist das Ziel. Wege für Fußgänger, Radfahrer und Autos müssen klarer getrennt werden. Durchgangsverkehre müssen um Stadtzentrum herumgeleitet werden. Wir haben ein Interesse an Nachhaltigkeit. Deshalb sollten der öffentliche Nahverkehr und die Elektromobilität in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Radwege und Verkehrsberuhigungen sollte man auch dafür *ausbauen*.

Städte sind unser Lebensraum — wir sollten sie uns lebenswert einrichten und für die Zukunft unserer Kinder *erhalten*.

### **Texterläuterungen**

*das Verkehrskonzept*, -e — Verkehrsplanung

*lebenswert* — hier: wert, dass jemand darin lebt

*das Kohlenstoffdioxid* — Gas CO<sub>2</sub>

*der Klimawandel* — Änderung des Klimas

*nachhaltig* — hier: so, dass etwas keine negativen Effekte für die Menschen und die Ökologie hat

*klimaschädlich* — schlecht für das Klima

*die Luftverunreinigung* — Luftverschmutzung

*die Siedlungsfläche* — Fläche, auf der Gruppen von Häusern gebaut werden

*zur Verfügung stellen* — erlauben, dass etwas benutzt wird

*der Verkehrsinfarkt* — Verkehrschaos

*der öffentliche Nahverkehr* — alle öffentlichen Verkehrsmittel einer Stadt

*attraktiv* — hier: interessant

*umdenken* — über ein Problem anders denken  
*auf lange Sicht* — für lange Zeit  
*verkehrsberuhigt* — frei von zu starkem Durchgangsverkehr  
*der Durchgangsverkehr* — Verkehr, der durch einen Ort zu anderen Orten geht  
*gesperrt* — hier: für Autos verboten  
*auf kommunaler Ebene* — im Bereich einer Kommune  
*die Altstadtgasse* — kleine, enge Straße in einem historischen Stadtzentrum  
schlendern — gemütlich, mit Zeit und Ruhe spazieren gehen  
*berechtigt* — mit guten Gründen  
*der Anwohner* — Person, die direkt an oder neben einer Straße oder einem Gebäude wohnt  
*der Gewerbetreibende* — Person, die selbständig in einer eigenen Firma oder Werkstatt arbeitet  
*die Verkehrsbeschränkung, -en* — Reduzierung des Verkehrs  
*gegeneinander ausspielen* — im Wechsel eine Person gegen eine andere (zum eigenen Vorteil) benutzen  
*ausbauen* — hier: mehr machen  
*erhalten* — hier: schützen

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungsaustausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.

6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

### **Text 3 Atomkraftwerke sofort abschalten?**

(aus „Deutsch perfekt“ 5/2011)

Nach der Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima wird auch in Deutschland wieder über Atomenergie diskutiert. Kritiker sagen, dass die Reaktoren zu gefährlich sind. Wir fragen: Atomkraftwerke sofort abschalten? Ja oder nein?

**Ja** *Natascha Kohnen ist Generalsekretärin der SPD in Bayern. Ihre Partei ist für den Ausstieg aus der Atomenergie.*

Es gibt keine sichere Atomkraft — an keinem Ort auf der Erde. Das ist durch die Ereignisse in Japan auf schreckliche *Weise* deutlich geworden. Die Gefahr einer *atomaren* Katastrophe ist seit dem 11. März 2011 kein *Restrisiko* mehr, sondern eine Tatsache. Fukushima zeigt: Das *Atomzeitalter* ist zu Ende. Mit dem Atomausstieg waren wir schon auf einem guten Weg. Denn damit hatte es einen sicheren *Rahmen* für *das Auslaufen* der Atomenergie ebenso gegeben wie auch eine Brücke, in der sich neue Technologien entwickeln können — und das alles im Konsens mit der Wirtschaft. Mit der *Laufzeitverlängerung* hat die Bundesregierung diesen Konsens ohne jede Notwendigkeit gegen die Mehrheit der Bevölkerung gekündigt. Damit sind *tiefe Gräben* wieder *aufgerissen* worden. Unsere Gesellschaft ist nach dem, was in Japan passiert ist, so tief *gespalten* wie noch nie. Es ist klar: Der Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht umsonst zu haben. Er verlangt große Investitionen und bringt Kosten für einen sozialökologischen *Lastenausgleich*. Er fordert außerdem neue Technik und eine neue Infrastruktur. Er verspricht aber auch einen hohen Gewinn: *Regenerative Energien* sind nicht nur sicher, sauber und gut für das Klima. Sie bringen auch neue Arbeitsplätze, Innovation, Wirtschaftskraft

und Wachstum. Mehr als 360 000 Arbeitsplätze sind in dem Bereich schon entstanden. Das Zehnfache von dem, was es an Arbeitsplätzen in der Atomenergie gibt. Und auch an das Strompreisargument glaubt nur, wer die *Entsorgung* des teuren, sehr giftigen und Millionen Jahre *strahlenden* Mülls ignoriert. Deutschland steht vor einer großen Chance: Wir können zeigen, dass Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg, Arbeit und Umwelt keine Gegensätze sind, sondern Grundlage für eine bessere Zukunft. *Packen* wir es endlich *an*. *Kehren* wir zum Atomausstieg *zurück!*

**Nein** *Bertram Brossardt ist Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Sein Verein hält die Kernenergie aktuell für nötig.*

Für den *Wirtschaftsstandort* Deutschland brauchen wir eine stabile und bezahlbare *Energieversorgung*. Dies gilt besonders für Bundesländer wie Bayern mit Industriebereichen, die zur Herstellung von Produkten viel Energie brauchen. *Langfristig* muss unser Ziel sein, die Versorgung nur über regenerative *Energiequellen* zu garantieren. Ein schnelles Umsteigen ist allerdings nicht möglich. Denn regenerative Energiequellen müssen erst noch weiter *ausgebaut* werden. Auch produzieren zum Beispiel Windkraftwerke oder Solaranlagen unregelmäßig Strom, sodass neue Technologien entwickelt werden müssen, um die Energien für Zeiten zu speichern, in denen kein Wind da ist und die Sonne nicht scheint. Zur Verteilung der Energie über ganz Deutschland sind außerdem hohe Investitionen in Stromleitung nötig.

Wir haben in einer *Studie* untersucht, unter welchen Voraussetzungen in Deutschland ein Umsteigen auf regenerative Energien gelingen kann. Das Ergebnis: Wir brauchen dafür noch mindestens 20 Jahre. Um für diese zwei Jahrzehnte eine günstige, sichere und auch umweltfreundliche Energieversorgung garantieren zu können, brauchen wir die Kernenergie.

Wenn wir jetzt früher aus der Kernenergie aussteigen, *setzen* wir die *Wettbewerbsfähigkeit* deutscher Firmen und damit den *Wohlstand* von uns allen *aufs Spiel*. Um keine Probleme bei der Versorgung zu haben, müssten wir Energie aus dem Ausland, meistens aus Kernkraftwerken, einkaufen — oder höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen, zum Beispiel durch den stärkeren *Einsatz* von Kohlekraftwerken, akzeptieren. Das sind keine echten Alternativen. Deshalb brauchen wir die *Kernenergie als Brückentechnologie* — so lange, bis eine funktionierende Infrastruktur für die alleinige Produktion, Nutzung und Verteilung von Energie auf regenerativer Basis da ist.

### **Texterläuterungen**

*das Atomkraftwerk*, -e — Kraftwerk, das mit Nuklearenergie elektrische Energie produziert

*das Atomzeitalter* — hier: Epoche, in der man von der Sicherheit von Nuklearenergie überzeugt ist

*die Kernenergie* — Nuklearenergie

*die Brückentechnologie* — Technologie für einen bestimmten Zeitraum, bis es eine bessere Lösung gibt

*der Ausstieg* aus D. — hier: Ende der Produktion von D.

*die Weise* — Art

*atomar* — nuklear

*das Restrisiko*, -risiken — bleibendes Risiko, das man nicht ausschalten kann

*der Rahmen* — hier: zeitlicher Orientierungspunkt

*auslaufen* — hier: beenden

*die Laufzeitverlängerung* — hier: Verlängerung des Zeitraumes, in dem ein Kraftwerk im Betrieb sein darf

*tiefe Gräben aufreißen* — hier: schlechte Stimmung zwischen Gruppen mit unterschiedlicher Meinung provozieren

*gespalten* — geteilt

*der Lastenausgleich* — hier: finanzielle Kompensation für entstehende Schäden oder Nachteile

*die regenerativen Energien* — alternative Energien, z.B. Wasserkraft, Wind und Solarenergie

*die Entsorgung* — von: entsorgen, Müll wegtransportieren

*strahlen* — hier: durch radioaktive Energie krank machen

*es anpacken* — hier: sich kümmern um A., anfangen mit D.

*zurückkehren* — zurückgehen, zurückkommen

*der Wirtschaftsstandort* — Ort, an dem wirtschaftliche Aktivität stattfindet

*die Energieversorgung* — Lieferung von Energie

*langfristig* — für längere Zeit, hier: für Zukunft

*die Energiequelle* — Substanz, die Energie liefert

*ausbauen* — hier: mehr bauen

*die Studie* — wissenschaftliche Untersuchung

*aufs Spiel setzen* — alles, viel riskieren

*die Wettbewerbsfähigkeit* — Fähigkeit trotz Konkurrenz auf dem Wirtschaftsmarkt bestehen zu können

*der Wohlstand* — gute finanzielle Situation

*der Einsatz* — hier: Verwendung

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

#### **Text 4 Ist die Sommerzeit noch sinnvoll?**

(aus „Deutsch perfekt“ 3/2011)

Am 27. März wird die Uhr wieder eine Stunde *vorgestellt*. Das soll helfen, Energie zu sparen. Viele Menschen haben dann aber Schlafprobleme, Kritiker sagen außerdem, dass die *Zeitumstellung* der Umwelt doch nicht hilft. Wir fragen, ob die Sommerzeit noch sinnvoll ist. Ja oder nein?

**Ja** *Rainer Brüderle (FDP) ist Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Sein Ministerium ist für die gesetzliche Zeit zuständig.*

In Deutschland wurde die sogenannte Sommerzeit vor über 30 Jahren, genauer, im Jahre 1980, *eingeführt*. Das bedeutet, dass die mitteleuropäische Sommerzeit von März bis Oktober als gesetzliche Zeit gilt. Gründe für diese Einführung gab es viele. Einerseits war es wichtig, die eigene *Zeitzählung* an die der *benachbarten* Staaten *anzugleichen*. Deutschland sollte keine „Zeitinsel“ in Europa sein. Andererseits versuchte man, durch die Sommerzeit das Tageslicht optimal zu nutzen. In den meisten anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wurde die Sommerzeit schon in den 70-er Jahren, vor allem als Folge der Ölkrise, eingeführt. Man *versprach* sich dadurch *Energieeinsparungen*. Dieses Ziel spielte jedoch bei der Einführung der Sommerzeit in Deutschland eine *eher untergeordnete* Rolle, da sich gezeigt hatte, dass dadurch eine *Zeitumstellung* keine großen Änderungen im Energieverbrauch festzustellen sind.

Inzwischen wird die *Zeitumstellung* nicht mehr national, sondern durch EU-Recht geregelt. Die Gründe für die damalige Einführung der *Zeitumstellung* gelten aber auch heute noch. Sie soll die Koordination der Mitgliedstaaten einfacher machen und so den *Europäischen Binnenmarkt* unterstützen. Außerdem soll sie Planungssicherheit für *Unternehmen* und Bürgerinnen und Bürger *schaffen*.



Neben dem *Rat der Europäischen Union* ist auch die Europäische Kommission in ihrem letzten Bericht zu den *Auswirkungen* der Zeitumstellung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Sommerzeitregelung immer noch *angemessen* ist. Sie *nimmt* darin auf wissenschaftliche *Studien* einiger EU-Mitgliedstaaten *Bezug* und stellt fest, dass die negativen Auswirkungen der Zeitumstellung insgesamt *kaum ins Gewicht fallen*.

**Nein** Jürgen Zully ist Psychologe und Schlafforscher. Der Professor ist wissenschaftlicher Berater am Universitäts- und Bezirksklinikum Regensburg (Bayern).

Begonnen hat die Idee der Zeitumstellung, die ja nur eine Uhrenumstellung ist, wohl eher als Witz. Benjamin Franklin meinte es nicht ernst, als er 1784 die Einführung einer Sommerzeit vorschlug. Wenn er damals *geahnt* hätte, was er mit seinem humorvollen Artikel in einer Pariser Zeitung *anrichtet!* Für uns hat das Uhrenumstellen dann während des Ersten Weltkrieges begonnen. Der Zweck war, Energie zu sparen. Die Idee: Im Sommer wird es früher hell, da können wir früher aufstehen und den Tag besser *ausnutzen*. So spart man *Beleuchtungsenergie*. Der englische *Begriff* sagt das deutlich: daylight saving time. Vielleicht hat das während der Kriege funktioniert — heute funktioniert es nicht mehr. Im Gegenteil: An den verlängerten Abenden benötigen wir mehr Energie, nicht nur zum Heizen, auch für Freizeitvergnügen jeder Art.

Aber vor allem unsere innere Uhr ignoriert solche Änderungen erst einmal, mit der Folge von Schlafstörungen und *Beeinträchtigungen* am Tage. Zwar nur für kurze Zeit, aber *immerhin*. Und so haben wir den gefährlichsten Montagmorgen des Jahres vor uns, an dem mehr Verkehrsunfälle passieren als an anderen Montagen. Über die Sommerzeitfreut sich nur die *Biergartenfraktion* wegen der gewonnenen Stunde, die eigentlich keine ist. Schließlich haben wir sie ja am Morgen

durch einen früheren Arbeitsbeginn *erkauft*. Und ein längerer heller Feierabend lässt sich auch durch *Gleitzeitarbeit* erreichen. Dazu müssten nicht alle Uhren umgestellt, alle Züge und Flüge *angehalten* werden — mit hohen Kosten. Es gibt nur Argumente gegen die Uhrenumstellung. Aber da sie nun einmal europaweit beschlossen ist, wird sie aus bürokratischen Gründen wohl bleiben. Nur im Umweltbundesamt gab es Überlegungen, die Zeitumstellungen *abzuschaffen* — um Energie zu sparen.

### **Texterläuterungen**

*vorstellen* — hier: die Zeiger der Uhr weiterdrehen, so dass sie eine Stunde später zeigen

*die Zeitumstellung* — Änderung der Uhrzeit

*introduzieren* — hier: etwas Neues beginnen

*benachbart* — in direkter Nähe

*angleichen* — hier: so ändern, dass alle europäischen Länder Sommerzeit haben

*sich versprechen* — hier: glauben, dass eine bestimmte Entwicklung stattfinden wird

*die Energieeinsparung* — von: Energie sparen, weniger Energie verbrauchen

*untergeordnet* — hier: weniger wichtig

*der Europäische Binnenmarkt* — Wirtschaftsgebiet der EU

*das Unternehmen* — Firma

*schaffen* — hier: entstehen lassen

*der Rat der EU* — oberstes Komitee der EU

*die Auswirkung* — Effekt, Resultat

*angemessen* — hier: richtig und vernünftig

*Bezug nehmen* auf A. — hier: als Basis für eine Argumentation nehmen

*die Studie* — wissenschaftliche Untersuchung

*kaum ins Gewicht fallen* — kaum eine Rolle spielen  
*ahnen* — hier: eine Idee haben  
*anrichten* — hier: verursachen  
*ausnutzen* — zum eigenen Vorteil benutzen  
*die Beleuchtungsenergie* — Energie für Licht  
*der Begriff* — Wort  
*die Beeinträchtigung* — negativer Effekt  
*immerhin* — wenigstens  
*die Biergartenfraktion* — Ausdruck für Menschen, die im Sommer gerne in den Biergarten gehen  
*der Biergarten* — Gartenlokal  
*erkaufen* — etwas nur dadurch erreichen, dass man an anderer Seite einen Nachteil akzeptiert  
*die Gleitzeitarbeit* — Arbeitszeitsystem, das es einem Arbeitnehmer z.B. erlaubt, früher mit der Arbeit zu beginnen als seine Kollegen und dafür auch früher aufzuhören  
*abhalten* — stoppen  
*abschaffen* — hier: außer Kraft setzen, nicht mehr gelten lassen

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## Thema VI Die gesunde Lebensweise

### Text 1 Sollen Kinder Süßigkeiten bekommen?

(aus „Deutsch perfekt“ 12/2011)

Der Dezember ist vielleicht der süßeste Monat im ganzen Jahr: Traditionell gehört Süßes zur Zeit vor Weihnachten und zum Fest selbst. Gesund ist das nicht unbedingt — ein Dilemma für viele Eltern. Wir fragen, ob Kinder Süßigkeiten bekommen sollen. Ja oder nein?

**Ja** *Mathilde Kersting ist stellvertretende Leiterin des Forschungsinstituts für Kinderernährung Dortmund.*

In der Weihnachtszeit dürfen Kinder genau das Süße essen, was zu dieser Zeit *gehört*. Auch sonst dürfen sie Süßigkeiten bekommen — gesundheitlich *spricht nichts dagegen*, wenn ihre Ernährung insgesamt *ausgewogen* ist. Aber natürlich sollten sie nicht zu viel Süßes essen. Unser Institut hat ein *Ernährungskonzept entwickelt*, die optimierte Mischkost, das zehn Prozent Kalorien aus Süßigkeiten *enthält*. Diese Ernährung ist für Kinder sehr gut *geeignet*. Die Süßigkeiten machen sie für die Kinder akzeptabler.

Süßigkeiten zu *verbieten* ist auf jeden Fall kontraproduktiv. Verbote machen Lebensmittel für Kinder nämlich besonders interessant. Psychologen haben das getestet. So haben sie Kindern zum Beispiel Süßigkeiten gegeben, die gleich schmeckten, aber unterschiedliche Farben hatten. Die eine Variante haben sie *verknappt*, die andere nicht. Die Kinder wollten fast immer lieber die verknappten Süßigkeiten haben. Süßigkeiten sollte es aber auch nicht als *Belohnung* geben, wenn die Kinder gesundes Essen gegessen haben. Wenn Eltern von „gesundem Essen“ sprechen, wird es für Kinder nämlich meistens interessant.

Also: Süßigkeiten sind nicht ungesund, übrigens auch nicht, wenn sie Fabrikzucker enthalten. Es gibt keine Untersuchung,

die *beweist*, dass Fabrikzucker krank macht. Süßigkeiten, die mit *Honig* gesüßt sind, sind nicht besser als konventionelle — auch wenn sie vielleicht besser schmecken. Aber es gibt gute Alternativen zu Süßigkeiten, die Eltern ihren Kindern auch anbieten sollten. Kinder mögen zum Beispiel gerne Obst. Süßgeschmack von Kindern kann sich auch ändern, wenn man zum Beispiel *nach und nach* etwas Wasser in süßen Apfelsaft oder Naturjoghurt in Fruchtjoghurt gibt und so den Zucker in den Lebensmitteln reduziert. Wenn sich der Geschmack nur langsam ändert, akzeptieren Kinder die Lebensmittel am Ende mit weniger Zucker.

**Nein** *Joachim Nock ist ärztlich geprüfter Gesundheitsberater.*

Süßigkeiten sind noch sehr viel schlechter, als die meisten denken. Die meisten assoziieren sie nur mit *Karies*. Wir wissen aber schon seit fast 100 Jahren, wie ungesund der Fabrikzucker ist, aus dem sie vor allem bestehen. Er ist einer der wichtigsten Gründe für rund 80 Prozent der heutigen Krankheiten, zu denen auch schwere Krankheiten gehören, wie zum Beispiel Diabetes, Rheuma und *Herzinfarkt*. Es dauert viele Jahre, bis diese Krankheiten *entstehen*, sie *entwickeln sich* auch über *Generationen*. Dadurch ist der wirkliche Grund nicht mehr so einfach zu sehen.

Isolierten und konzentrierten Zucker gibt es in der Natur nicht. Deshalb kann ihn unser Organismus nur schlecht *verarbeiten*. Ohne die in den ursprünglichen Lebensmitteln enthaltenen *Vitalstoffe* kommt es zu *Stoffwechselstörungen* und über lange Zeit zu Krankheiten.

Erst einmal kommt es durch die hohe Konzentration zu einem sehr schnellen *Anstieg* des *Blutzuckers*, der danach unnatürlich tief unter den Normwert fällt. Das ist nicht nur für die *Bauchspeicheldrüse* schlecht, die den Blutzucker reguliert — bei Kindern zeigt es sich vor allem durch einen Wechsel zwischen hyperaktiven und depressiven Phasen. Aus diesen

Gründen sollten Kinder keine konventionellen Süßigkeiten bekommen, auch nicht in der Weihnachtszeit.

Süßigkeiten absolut zu verbieten, ist trotzdem keine Lösung. Denn Verbote machen Lebensmittel nur noch *attraktiver*. Viel mehr Sinn macht eine *altersgerechte Aufklärung* über die Konsequenzen des *Süßigkeitenkonsums* analog zur Aufklärung über das Rauchen und Drogen. Und natürlich brauchen unsere Kinder gesündere Alternativen: frische Früchte und daraus hergestellte Süßigkeiten. Oder Süßigkeiten, die nicht mit Fabrikzucker hergestellt sind, sondern zum Beispiel mit Trockenfrüchten oder Honig — besonders in der Weihnachtszeit!

### **Texterläuterungen**

*(Es) spricht nichts dagegen* — hier: (Es) gibt keine Argumente dagegen.

*ausgewogen* — hier: so, dass alle Lebensmittel dabei sind, die den Körper fit und gesund halten

*das Ernährungskonzept* — hier: Programm für eine gesunde Ernährung

*entwickeln* — hier: eine Idee für eine spezielle Ernährung haben

*enthalten* — zum Inhalt haben

*geeignet* — gut passend

*verbieten* — nicht erlauben

*verknappen* — hier: nicht so oft oder nur wenig geben

*die Belohnung* — von: belohnen, hier: geben, weil jemand etwas Gutes getan hat

*beweisen* — zeigen, dass etwas wahr ist

*der Honig* — gelbe oder braune, süße Masse, die Insekten herstellen

*nach und nach* — hier: langsam über längere Zeit

*die Karies* — Zahnkrankheit, die harte Zahnschicht kaputt geht

*der Herzinfarkt* — Krankheit: Es kommt nicht mehr genug Blut zum Herzen

*die Generation* — Altersgruppe in einer Familie, z.B. Großeltern, Eltern, Kinder

*verarbeiten* — hier: wichtige Substanzen ziehen aus D.

*ursprünglich* — hier: natürlich, nicht vom Menschen geändert

*der Vitalstoff* — Substanz, die der Körper braucht und die gut für die Gesundheit ist

*die Stoffwechselstörung* — Störung des Metabolismus

*der Anstieg* — von: ansteigen, hier: höher werden

*der Blutzucker* — Menge von Glukose im Blut

*der Normwert* — hier: Menge von Glukose im Blut, wie sie sein soll

*die Bauchspeicheldrüse* — Organ im oberen Bauch, das wichtige Substanzen für die Verdauung herstellt, z.B. Pepsin

*attraktiv* — hier: interessant

*altersgerecht* — hier: passend zum Alter des Kindes

*die Aufklärung* — hier: Information, warum etwas ungesund oder gefährlich ist

*der Süßigkeitenkonsum* — Essen von Süßigkeiten

*die Droge* — z.B. Heroin, Kokain

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## Text 2 Helmpflicht für Radfahrer?

(aus „Deutsch perfekt“ 8/2011)

Motorradfahrer müssen in Deutschland einen Helm tragen. Wer mit dem Fahrrad unterwegs ist, kann einen Helm tragen — muss es aber nicht. Kritiker wollen das ändern. Wir fragen, ob Helmpflicht für Radfahrer aktuell ist. Ja oder nein?

**Ja** *Tim Pohlemann ist Professor am Universitätsklinikum des Saarlandes und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie.*

Die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) ist als *Vertretung* der unfallchirurgisch tätigen Ärzte in Deutschland in jedem Fall für das Tragen eines Fahrradhelms während des Radfahrens. Außerdem unterstützt sie Initiativen in Deutschland, eine gesetzliche Helmpflicht für Radfahrer einzuführen. Die klinische Erfahrung der Unfallchirurgen zeigt, dass das Tragen eines Fahrradhelms in vielen Fällen schwere Kopfverletzungen verhindern oder *abmildern* konnte — und in Einzelfällen Leben gerettet hat.

Das freiwillige Tragen eines Fahrradhelms ist für jeden eine einfach zu realisierende *Schutzmaßnahme*. Allerdings tragen immer weniger Menschen einen Helm. Während das 2009 noch elf Prozent der Radfahrer taten, waren es 2010 nur noch neun Prozent. Es muss daher noch intensiver erklärt werden, wie wichtig *Schutzrüstung* ist. Aber es ist anzunehmen, dass es nur durch ein Gesetz *zu* deutlich weniger Verletzungen und *Verletzungsfolgen* bei Fahrradfahrern *kommt* — genau wie nach der Einführung der *Gurtpflicht* für Autofahrer und der Helmpflicht für Motorradfahrer. Die *Einschränkung* in der persönlichen Entscheidungsfreiheit ist *vor dem Hintergrund* der unfallchirurgischen *Versorgung* von *verunfallten* Fahrradfahrern weniger wichtig. Denn bei der Behandlung der Unfallverletzten durch Orthopäden und Unfallchirurgen



sehen diese eher die vielen *Einzelschicksale* von Patienten und das oft sehr lange Leid für *Betroffene* und Angehörige. Ein gutes *Gefahrenbewusstsein*, eine bessere gesellschaftliche Akzeptanz der Notwendigkeit präventiver Maßnahmen, die Weiterentwicklung moderner, funktioneller und bezahlbarer Helme, zusammen mit Maßnahmen zur *Förderung* eines risikoarmen Fahrradverkehrs sind nötig, um die Freude an der Bewegung mit dem Fahrrad zu fördern — und das Verletzungsrisiko zu reduzieren!

**Nein** Ulrich Syberg ist Bundesvorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC). Dieser Verein hat mehr als 130 000 Mitglieder.

Radfahren ist sicher — egal ob mit oder ohne Helm. Natürlich kann ein Helm das Risiko von Kopfverletzungen reduzieren. Doch wo das freiwillige Tragen eines Helms die Sicherheit erhöht, kann eine Helmpflicht das Gegenteil *bewirken*.

Das hört sich paradox an, ist aber durch *Studien* bewiesen: So verursachte 1991 die Einführung der Helmpflicht in Australien einen dramatischen *Rückgang* des Radverkehrs. Die Zahl der Kopfverletzungen sank zwar absolut, im Verhältnis zur Zahl der Radfahrer nahm sie aber zu. Durch die Helmpflicht stieg also das Verletzungsrisiko für die Radfahrer: Da immer weniger von ihnen im Straßenverkehr zu sehen waren, nahmen Autofahrer weniger Rücksicht. Die Einführung einer Helmpflicht würde in Deutschland zu ähnlichen Effekten führen. Wer die Sicherheit für Radfahrer erhöhen will, muss für mehr und nicht weniger Radverkehr sorgen. Dazu brauchen wir eine fahrradfreundlichere Verkehrsplanung mit guten Wegen und kürzeren Wartezeiten an Ampeln.

Mit der Helmpflicht wird die Verantwortung für Unfälle *auf* die *gefährdeten* Radfahrer *abgewälzt*, obwohl auch der beste Helm keine Unfälle verhindern kann und seine Schutzwirkung stark *überschätzt* wird. Beim frontalen Zusammenstoß mit

einem schnellen Auto entstehen *Aufprallkräfte*, die kein Helm *abfangen* kann. Besser ist es, die Unfallursachen zu bekämpfen. Dem Radfahrer, der vor einen LKW kommt, hilft kein Helm. Ihm hilft nur der sofortige Stillstand der Räder. So fordert der ADFC *Tempo 30* in allen Wohngebieten und Abbiege-Assistenzsysteme für LKW, die automatisch bremsen, sobald Menschen in den gefährlichen Bereich kommen. Immer mehr Menschen entdecken die Vorteile des Radfahrens: für ihre Gesundheit, für die Umwelt und für die Geldbörse. Es wäre dumm, diesen positiven Trend durch eine Helmpflicht zu bremsen.

### **Texterläuterungen**

*die Unfallchirurgie* — von: Bereich der Medizin, der sich um Operationen nach Unfällen kümmert

*die Vertretung* — hier: Sprecher für eine Gruppe von Personen

*abmildern* — schwächer machen

*die Schutzmaßnahme* — Handlung, um sich zu schützen

*die Schutzausrüstung* — alle Dinge, die man zum Schutz braucht

*die Verletzungsfolge* — gesundheitliches Problem wegen einer (früheren) Verletzung

*die Gurtpflicht* — Pflicht, sich anzuschnallen

*die Einschränkung* — hier: Regel, die etwas reduziert

*vor dem Hintergrund* — hier: im Vergleich zu

*die Versorgung* — hier: Betreuung

*verunfallt* — so, dass man einen Unfall hatte

*das Einzelschicksal* — hier: schlimme Situation einer einzelnen Person

*das Leid, -en* — hier: körperliche und psychische Schmerzen

*der/die Betroffene, -n* — Person, die einen Nachteil oder Schaden hat

*das Gefahrenbewusstsein* — Gefühl für mögliche Gefahren

*die Förderung* — Unterstützung, Hilfe

*bewirken* — eine bestimmte Wirkung haben  
*die Studie*, -n — wissenschaftliche Untersuchung  
*der Rückgang* — von: zurückgehen, hier: weniger werden  
*überschätzen* — hier: glauben, dass etwas besser ist, als es in Wirklichkeit ist  
*die Aufprallkraft* — Energie beim Zusammenstoß  
*abfangen* — hier: reduzieren  
*der Stillstand* — von: stillstehen, hier: stoppen  
*das Tempo* — hier: Geschwindigkeit  
*der Helm* — spezieller Hut aus hartem Kunststoff, um den Kopf bei einem Unfall zu schützen  
*kommen zu* — hier: verursacht werden  
*gefährdet* — hier: in Gefahr, einen Unfall zu haben  
*abwälzen auf* — Unangenehmes auf andere übertragen

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

### Text 3 Arbeitsmails nach Feierabend?

(aus „Deutsch perfekt“ 4/2013)

Jeder zweite Arbeitnehmer kann auch in der Freizeit von Kollegen, Kunden und Chefs erreicht werden. Viele finden es normal, auch spät Am Abend ans Handy oder den Firmenlaptop zu gehen. Kritiker aber sagen, dass die dauernde Erreichbarkeit Stress bringt. Wir fragen, ob Arbeitsmails nach Feierabend gut sind. Ja oder nein?

**Ja** *Joachim Sauer ist Präsident des Bundesverbands der Personalmanager.*

Seit vor 40 Jahren die erste Mail geschrieben wurde, hat sich die Arbeitswelt stark verändert. An der Stelle von Schreibmaschinen und *Karteikarten* sind nun Computer und Clouds. Die Evolution moderner Kommunikationsmittel bietet für Arbeitnehmer große Chancen, ihre Arbeit gut zu organisieren und immer *auf Daten zugreifen* zu können.

Natürlich bringen die großen technischen Möglichkeiten auch Risiken. Viele Arbeitnehmer wollen keine *ständige* Erreichbarkeit, manche fühlen sich durch die vielen Informationen gestresst. Kein Arbeitgeber will, dass seine Mitarbeiter wegen *Erschöpfung* weniger Leistung bringen. Erholungszeiten müssen daher gegeben und *respektiert* werden. Gleichzeitig können wir die technologische Entwicklung nicht ignorieren. Denn auch die Arbeitnehmer wollen *sich* per Mail oder über soziale Netzwerke *auf dem Laufenden halten*. Besonders für junge Menschen ist der *Umgang* mit *digitalen* Medien im Alltag selbstverständlich, offline sein bedeutet *Verzicht*. Deshalb muss es einen verantwortungsvollen Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln geben — am Arbeitsplatz und nach Feierabend.

Ein moderner Arbeitgeber sollte die kurze private Nutzung des Internets während der regulären Arbeitszeit nicht einfach

verbieten. *Zudem* ist ein Verbot praktisch kaum möglich. Und *es spricht nichts gegen* diese Freiheiten, wenn die vereinbarten Arbeitsziele erreicht werden. Allerdings kann die Firma dann auch erwarten, dass Mitarbeiter in Ausnahmesituationen, in denen es notwendig ist, außerhalb der Arbeitszeit auf E-Mails reagieren. Zur Konkretisierung, wann dies *erforderlich* sein kann, bieten sich *interne* Regeln an. In jedem Fall sollten *sich der Anspruch* der Arbeitnehmer auf Freizeit und die Firmeninteressen *die Waage halten*.

**Nein** *Annelie Buntenbach* ist Mitglied im Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Die digitalen Medien haben die Arbeitswelt stark verändert, Smartphones und Tablets sind schon lange zu mobilen Arbeitsplätzen geworden. Moderne Kommunikationsmittel sind in und versprechen neue Freiheiten. Eine E-Mail zum Frühstück, die letzte SMS im Bett — für viele ist das heute Alltag. Doch so kommt auch die Arbeit langsam und oft unbemerkt weiter ins Privatleben. Die Grenzen zwischen Arbeit und Privatem sind nicht mehr klar.

Nach dem „DGB-Index Gute Arbeit“ wird von 60 Prozent der Arbeitnehmer erwartet, auch in der Freizeit für ihre Arbeit erreichbar zu sein. Gleichzeitig ist die Arbeitsgeschwindigkeit sehr viel höher. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten arbeitet *gehetzt*.

Arbeit ist inzwischen *Stressfaktor* Nummer eins, mit ernstesten Konsequenzen: Die Zahl der Fehltagewege psychischer Krankheiten ist in den letzten Jahren um mehr als 80 Prozent auf 59 Millionen gestiegen. Ganze 40 Prozent der *Erwerbsminderungsrenten* werden wegen psychischer Krankheiten gezahlt. Das Durchschnittsalter der Menschen, die krank aus dem Arbeitsleben gehen müssen, liegt bei 48 Jahren. *Die Entgrenzung* von Arbeit und psychische Krankheiten stehen in einem engen Zusammenhang. *Die Herausforderungen* sind

hoch differenziert, führen aber in unterschiedlichsten Formen zu einer neuen *Dimension* von Erschöpfung, *Überforderung* oder *geistigem Ausstieg*.

Wir brauchen deshalb Stresstests nicht nur für *Atomkraftwerke*, sondern auch für die Arbeitsbedingungen in den Firmen. Eine *Antistress-Verordnung*, mehr *Mitbestimmung*, *Prävention* und Beratung für Firmen — alles das ist notwendig. Am wichtigsten scheint die *Rückbesinnung* auf die Qualität der Arbeit. Wir müssen besser werden — und nicht nur immer schlechter.

### **Texterläuterungen**

*der Personalmanager* — Leiter der Angestellten einer Firma

*die Karteikarte* — Karte aus stabilem Papier mit speziellen Informationen

*zugreifen auf A.* — hier: die Möglichkeit haben, Daten zu kontrollieren

*ständig* — dauernd

*die Erschöpfung* — von: erschöpft sein, müde und ohne Kraft sein

*respektieren* — hier: wichtig sein, dass man sich an diese Zeiten hält

*sich auf dem Laufenden halten* — sich immer über die aktuellen Trends informieren

*der Umgang* — hier: Art, etwas zu benutzen

*digital* — so, dass mit Computern gearbeitet wird

*der Verzicht* — von: verzichten, hier: freiwillig nicht nutzen

*zudem* — außerdem

*Es spricht nichts dagegen.* — Es gibt kein Argument gegen

*erforderlich* — nötig

*intern* — hier: innerhalb einer Firma

*der Anspruch* — hier: Recht, Garantie

*sich die Waage halten* — gleich wichtig sein

*der Vorstand* — Gruppe, die eine Firma oder einen Verein leitet

*der Deutsche Gewerkschaftsbund* — Organisation, zu der sich mehrere Gewerkschaften verbunden haben

*die SMS* — kurz für: Short Message Service, kurze Nachrichten, die man mit dem Handy schickt

*gehetzt* — in großer Eile

*der Stressfaktor* — Komponente, die für Stress verantwortlich ist

*die Erwerbsminderungsrente* — Rente, die gezahlt wird, wenn jemand nur noch weniger als acht Stunden pro Tag arbeiten kann, z.B. wegen Krankheit

*die Entgrenzung* — von: entgrenzen, etwas von seinen Grenzen befreien, hier: Grenzen ungültig, unklar machen

*die Herausforderung* — hier: schwierige Aufgabe, die man lösen muss

*die Dimension* — hier: Maß, Intensität

*die Überforderung* — hier: Situation, in der man zu viel Arbeit und Stress hat

*der geistige Ausstieg* — von: geistig aussteigen, nicht mehr mitdenken wollen oder können, hier: sich nicht mehr weiter bilden wollen

*das Atomkraftwerk* — Kraftwerk, das mit Nuklearenergie elektrische Energie produziert

*die Verordnung* — Regel, Vorschrift

*die Mitbestimmung* — von: mitbestimmen, an Entscheidungen teilnehmen

*die Prävention* — Handlung, um etwas Negatives zu verhindern

*die Rückbesinnung* — Prozess, bei dem man sich an früheren Werten orientiert und neu darüber nachdenkt

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.

4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs Austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Thema VII Das Internet**

### **Text 1 Darf der Staat Internetseiten blockieren?**

*(aus „Deutsch perfekt“ 6/2011)*

Pädophile nutzen Internet für ihre kriminelle Aktivitäten. Was ist die richtige Strategie gegen kinderpornografische Seiten? In dieser Frage ist auch die deutsche Regierungskoalition nicht ganz einer Meinung. Wir fragen, ob der Staat Internetseiten blockieren darf. Ja oder nein?

**Ja** *Ingo Wellenreuther (CDU) ist Mitglied des Deutschen Bundestags. Seine Partei ist mit der FDP in einer Regierungskoalition.*

Grundsätzlich sollen Internetseiten komplett frei *zugänglich* sein. Aber bei Straftaten wie der *Verbreitung* kinderpornografischer Seiten im Internet muss der Staat seine *rechtsstaatlichen* Möglichkeiten nutzen, um dies zu verhindern.

Kinderpornografie bedeutet *brutalste Vergewaltigungen* und *Folterungen* von Kindern, Kleinkindern und Babys, die auf Filmen oder Bildern *festgehalten* werden und so um die Welt gehen. Dass die Bundesregierung das schon vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz zum *Löschen* und *Sperren* kinderpornografischer Seiten im Internet *zurücknehmen* will,



sehe ich daher als einen *Rückschritt* im Kampf gegen den sexuellen *Missbrauch* von Kindern. Es geht nicht um eine Entweder-Oder-Lösung. Die Sperrung kinderpornografischer Seiten sollte nach dem existierenden Gesetz das Löschen nicht *ersetzen*, sondern ein ergänzender Schritt sein. Die sofortige Löschung solcher Seiten ist natürlich das effektivere und bessere Mittel. Deshalb sah das geltende Gesetz die Sperre nur als *nachrangige* Maßnahme vor, wenn erlaubte Löschmaßnahmen nicht oder nicht schnell genug zu machen sind — meistens deshalb, weil die Seiten auf ausländischen Servern liegen. Es kann bis zu vier Wochen dauern, bis eine Seite gelöscht wird. In dieser Zeit können die pädokriminellen Nutzer die Adressen einfach wechseln. Wenn das Löschen nicht innerhalb weniger Tage gelingt, dann ist das Sperren ein wichtiges Mittel: Es macht denen, die im Internet auf solche Seiten kommen, deutlich, dass diese Seiten kriminell sind. Das bremst einige Nutzer. Zwar ist es technisch möglich, solche Sperren zu *umgehen*, doch damit beweist dieser Nutzer seine kriminelle Energie.

**Nein** *Manuell Höferlin (FDP) ist Mitglied des Deutschen Bundestags. Seine Partei ist mit der CDU in einer Regierungskoalition.*

Es hat sich gezeigt: Nur wer kriminelle Inhalte löscht, geht effektiv gegen den *fortgesetzten* Missbrauch von Kindern im Internet vor. Denn Sperren können leicht umgangen werden. Sie sind nicht adäquat, weil durch sie eine *generelle* Sperrinfrastruktur *aufgebaut* wird, und sogar gefährlich, weil die zentral verwalteten Listen krimineller Inhalte so etwas wie die „*Gelben Seiten*“ der Kinderpornografie würden. Die Gefahr, dass diese geheime Liste bekannt würde, wäre, wie die Erfahrung gezeigt hat, sehr groß! In einer im Koalitionsvertrag vereinbarten Evaluationszeit konnte festgestellt werden, dass die Löschung der kriminellen Darstellungen auch funktioniert. Dazu arbeiten verschiedene Stellen Hand in Hand: Auf

Basis einer Vereinbarung zwischen dem Bundeskriminalamt und Beschwerde-Hotlines — unter anderem mit der Internetwirtschaft — wurde die Zusammenarbeit verbessert. Das Ergebnis ist, dass Darstellungen von Kindesmissbrauch im Internet jetzt noch besser gelöscht werden können. Es geht ja darum, die *Abbildung* der Tat komplett zu löschen. Ich freue mich, dass Internetsperren jetzt endlich kein Thema mehr sind. Es hat sich gezeigt: Das Prinzip „Löschen statt Sperren“, das die FDP schon immer forderte, ist das richtige Mittel. Es ist effektiver und lässt sich nicht umgehen. Außerdem verhindert es, dass schädliche Inhalte weiter im Internet stehen — ein Schritt hin zur effektiven *Verbrechensbekämpfung* im World Wide Web. Jetzt muss die Strafverfolgung intensiviert und die Öffentlichkeit für das Thema *sensibilisiert* werden. Wir müssen über sexuellen Missbrauch sprechen, Kinder schützen und Tätern ihre Möglichkeiten nehmen. Daneben ist es wichtig, die Effizienz des Löschens kinderpornografischer Inhalte im Internet weiter zu erhöhen.

### **Texterläuterungen**

*die CDU* — kurz für Christlich Demokratische Union

*die FDP* — kurz für Freie Demokratische Partei

*frei zugänglich* — hier: für jeden benutzbar

*die Verbreitung* — von: verbreiten, hier: weitergeben, veröffentlichen

*rechtsstaatlich* — hier: juristisch

*brutal* — gefühllos, mit harter Gewalt

*die Vergewaltigung* — kriminelle Handlung, bei der jemand mit Gewalt zum Sex gezwungen wird

*die Folterung* — kriminelle Handlung, bei der jemandem schlimmste körperliche Schmerzen gemacht werden

*festhalten* — speichern

*löschen* — hier: wegmachen

*sperren* — verhindern, dass etwas benutzt werden kann

*zurücknehmen* — hier: sagen, dass etwas nicht mehr gültig ist  
*der Rückschritt* — Antonym zum Fortschritt  
*der Missbrauch* — hier: Vergewaltigung und Folterung  
*ersetzen* — hier: an Stelle von ... gemacht werden  
*vorsehen* — hier: als Plan haben, vorhaben  
*nachrangig* — hier: weniger wichtig  
*die Maßnahme* — Handlung, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen  
*umgehen* — hier: etwas tun, um die Seite trotz der Sperre öffnen zu können  
*vorgehen* — hier: kämpfen  
*fortgesetzt* — hier: immer weitergehend  
*generell* — allgemein  
*aufbauen* — hier: beginnen  
*die Gelben Seiten* — Telefonbuch mit Adressen von öffentlichen Institutionen und Firmen  
*die Abbildung* — hier: Foto  
*die Verbrechensbekämpfung* — Kampf gegen Verbrechen  
*die Strafverfolgung* — polizeiliche Untersuchung  
*sensibilisieren* — hier: offen machen für Probleme

## **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungsaustausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.

6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.

## **Text 2 Brauchen wir eine Kulturflatrate?**

(aus „Deutsch perfekt“ 2/2013)

Im Internet werden Daten kopiert und getauscht. Was ist erlaubt, was ist verboten? Experten suchen Regeln für die neuen technischen Möglichkeiten. Eine Idee ist eine Pauschalgebühr — eine Art Flatrate — für Onlineinhalte wie Musik, Texte und Videos. Wir fragen, ob wir eine Kulturflatrate brauchen. Ja oder nein?

**Ja** *Konstantin von Notz ist innen- und netzpolitischer Sprecher der Grünen und Mitglied der Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft.*

Internet und Digitalisierung stellen uns vor große gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Der sehr schnelle technologische Fortschritt *lässt* früher geltende gesellschaftliche Vereinbarungen *ins Leere laufen*. Das eigentliche Ziel des *Urheberrechts* ist es, *Interessenausgleiche* herzustellen und die *Verbreitung* von Wissen möglich zu machen. Heute *stößt es an seine Grenzen*.

Eine Reform sollte diese, in unserer modernen Zeit *verloren gegangenen* Interessenausgleiche wieder herstellen. Ihr Ziel muss daher sein, das Urheberrecht so zu verändern, dass es in die digitale Ära passt. Dabei sollten alle *berechtigten* Interessen im Zentrum stehen.

Inhalte wie Texte, Musik, Filme, Fotos und Ähnliches können heute durch die Digitalisierung viel einfacher millionenfach kopiert und grenzenlos im Internet in der ganzen Welt verschickt werden. Das ist vor allem für die Kreativen ein struktureller Nachteil. Eine *Pauschalabgabe* würde es möglich

machen, ein besseres Bezahlssystem für sie *einzuführen*. So würden sie wesentlich mehr Geld bekommen. Außerdem würde das nichtkommerzielle Tauschen von Daten möglich. Illegale, kommerzielle Angebote blieben weiter verboten.

Das Modell ist leicht zu verstehen und funktioniert in anderen Bereichen schon erfolgreich. Es wäre außerdem eine echte Alternative zu *Konzepten*, die das bestehende Urheberrecht mit *verfassungswidrigen* Methoden *durchsetzen* wollen. Als grüne Fraktion sind wir absolut gegen solche *Überwachungsfantasien*. Wir sind für das Motto „bezahlen statt verfolgen“. Pauschalabgaben können eine wichtige Komponente auf dem Weg zu einem Urheberrecht werden, das in unsere moderne Zeit passt. Daher prüfen wir als grüne Fraktion zurzeit intensiv, wie wir das Modell realisieren können.

**Nein** *Peter Tauber ist Christdemokrat und Mitglied der Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft.*

Der sogenannten Kulturflatrate stehe ich sehr skeptisch gegenüber. Sie wirkt als romantische Idee sympathisch: Eine von allen bezahlte Gebühr auf online verteilte *Kulturgüter*, die die *Rechteinhaber* bekommen. Was auf den ersten Blick wie eine Unterstützung der *Kulturschaffenden* erscheint, wird schnell zum bürokratischen Monster. Wenn wir so eine Kulturflatrate einführen, brauchen wir wieder einen gigantischen Verwaltungsapparat. Der muss dann regeln, welcher Künstler wie und wie viel Geld aus dieser Kulturflatrate bekommt.

Die Diskussion haben wir in anderen Bereichen auch: Ist es sinnvoll, dass Regierung und Parlament durch gesetzliche Regeln *Geschäftsmodelle* unterstützen, die nicht in die digitale Ära passen? Nur sehr selten haben *Nutzer* und Kulturschaffende eine direkte Geschäftsbeziehung. Diese *Rechtsgeschäfte* haben immer *Verlage* und *Verwertungsgesellschaften* erledigt. Wenn die dort Verantwortlichen nicht auf aktuelle Entwicklungen

reagieren, sollte es nicht die Politik sein, die das kompensiert. Es ist die Aufgabe der Anbieter, für *attraktive* Inhalte auch attraktive und funktionierende Bezahlmodelle anzubieten. Ob eine Kulturflatrate ein *kluges* marktwirtschaftliches Mittel ist, da habe ich große Zweifel.

In der Debatte höre ich auch immer nur die Interessen der Film- und Musikindustrie. Aber was ist mit den anderen Kulturschaffenden in der digitalen Welt? *Wo bleiben* die Software- und Computerspielbranche oder Fotografen?

Musik- und Filmindustrie werden sicher keine staatliche Intervention in ihre Geschäfte wollen. Wenn es aber darum geht, Geld zu bekommen, dann ist die staatliche Intervention gerne gesehen. So funktioniert unsere Werte- und Wirtschaftsordnung aber nun mal nicht. Das wird eine spannende Diskussion.

### **Texterläuterungen**

*der innen- und netzpolitische Sprecher* — Person, die offizielle Informationen über die Ziele ihrer Partei zum Thema Internet- und Innenpolitik an die Öffentlichkeit gibt

*die Innenpolitik* — Politik, die für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zuständig ist

*die Enquetekommission* — vom deutschen Parlament oder Parlament eines Bundeslandes eingesetzte Kommission zur Untersuchung besonderer Themen

*die digitale Gesellschaft* — hier: Gesellschaft, die Computer in Beruf und Freizeit benutzt

*ins Leere laufen lassen* — hier: außer Kraft setzen, ungültig machen

*das Urheberrecht* — Garantie, dass ein ästhetisches Produkt (z.B. Buch, Lied, Bild) nur der Person gehört, die es gemacht hat

*der Urheber* — hier: z.B. Autor, Komponist, Künstler

*der Interessenausgleich* — Herstellen einer Balance von verschiedenen Interessen, damit beide Seiten gleich viele Vorteile haben

*die Verbreitung* — hier: verbreiten, überall veröffentlichen  
*an seine Grenzen stoßen* — hier: feststellen, dass das Recht seine Aufgabe nicht mehr erfüllen kann  
*verloren gehen* — hier: nicht mehr existieren  
*berechtigt* — mit guten Gründen  
*die Pauschalabgabe* — fester Geldbetrag  
*einführen* — hier: etwas Neues starten  
*das Konzept* — Idee, Programm  
*verfassungswidrig* — so, dass sich etwas nicht an den Regeln der Verfassung orientiert  
*durchsetzen* — erreichen, dass etwas gemacht wird, auch wenn andere dagegen sind  
*die Überwachungsfantasie* — gemeint ist hier: unrealistische Idee, einen Bereich kontrollieren zu wollen  
*verfolgen* — hier: polizeilich untersuchen, kontrollieren  
*das Kulturgut* — Objekt, das einen kulturellen Wert hat  
*der Rechteinhaber* — Person, die ein Schutzrecht hat  
*das Schutzrecht* — Recht auf einen rechtlichen Schutz, z.B. Urheberrecht  
*der Kulturschaffende* — Person, die im Bereich Kultur arbeitet  
*das Geschäftsmodell* — Programm, wie man mit einer Idee Geld verdient  
*der Nutzer* — hier: Person, die Internetportale für Onlineinhalte benutzt  
*das Rechtsgeschäft* — hier: Vertrag, welche Regeln z.B. für die Veröffentlichung von Musik oder Literatur gelten  
*der Verlag* — Firma, die Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher produziert  
*die Verwertungsgesellschaft* — Organisation, die sich um die Schutzrechte von Urhebern kümmert  
*attraktiv* — hier: sehr interessant  
*klug* — intelligent

*Wo bleiben ...?* — hier: Was passiert ... mit?

*der Wert* — hier: Ideal, Moral

*tauschen* — etwas geben und etwas anderes dafür bekommen

### **Aufgaben**

1. Lesen Sie und übersetzen Sie den Text. Schlagen Sie im Wörterbuch unbekannte Wörter nach.
2. Nehmen Sie Stellung zu Ja-Position oder Nein-Position.
3. Bereiten Sie anhand vom Text ein Gespräch, ein Interview, eine Diskussion oder ein Talk-Show zur Problematik vor.
4. Beachten Sie die Wortwahl entsprechend dem Funktionalstil (privates Gespräch, offizielles Gespräch, wissenschaftliche Diskussion, publizistischer Meinungs-austausch).
5. Äußern Sie dabei Ihre persönliche Meinung zum Problem und führen Sie Argumente an.
6. Inszenieren Sie das Gespräch / das Interview / die Diskussion / das Talk-Show.



## Kommunikationsformeln

Ich hätte eine Frage an Sie!  
Нельзя ли вам задать один вопрос?

Könnten Sie vielleicht sagen, was ...?  
Не могли бы вы сказать, что ...?

Würden Sie mir bitte sagen, ...?  
Не могли бы вы сказать, что ...?

Und zwar?  
А именно?

Bitte können Sie erklären, was man unter ... versteht?  
Не могли бы вы мне объяснить, что понимается под ...?

Ja, Sie haben recht!  
Да, вы правы!

Ja, stimmt!  
Да, верно!

Nein, das stimmt nicht!  
Нет, это не так!

Hast du gewusst, dass ...?  
Ты знал, что ...?

Soviel ich weiß, ...  
Насколько мне известно, ...

Habe ich recht? — Zum Teil.  
Я прав? — Отчасти.

Ich zweifle nicht daran, dass ...  
Я не сомневаюсь в том, что ...

Wie denn sonst!  
А как же иначе!

Ich bin ganz sicher, dass ...  
Я совершенно уверен, что ...

Und ob!  
Еще бы!

Du liebe Zeit!  
Бог знает что! Что же это делается!

Meinen Sie ...?  
Вы имеете в виду ...?

Was meinst du ...?  
Как ты думаешь ...?

Zweifelhaft.  
Сомнительно.

Ich würde ... nennen.  
Я бы назвал ...

Das ist doch allgemein bekannt.  
Это же общеизвестно.

Kaum zu glauben, aber ...  
Трудно поверить, но ...

Das war vorauszusehen.  
Это можно было предвидеть.

Im Gegenteil.  
Напротив.

Und was dieses Problem anbetrifft.  
А что касается этой проблемы.

Ist dir etwas von ... bekannt?  
Ты что-нибудь знаешь о ...?

Was du nicht sagst!  
Что ты говоришь!

Das ist aber neu für mich!  
Для меня это, однако, новость!

Keine Ahnung!  
Никакого понятия (представления)!

Wenn ich mich nicht irre, ...  
Если я не ошибаюсь, ...

Ja, das leuchtet mir ein.  
Да, это мне ясно.

Hierzu wäre zu sagen, dass ...  
Следовало бы добавить, что ...

Meiner Meinung / Ansicht nach ...  
По моему мнению (по моему) ...

Ehrlich gesagt, ...  
Честно говоря, ...

Im Großen und Ganzen ...  
В общем и целом ...

Sehen Sie, ...  
Видите ли, ...

Hab ich recht, dass ...?  
Правда, что ...?

Alles kann sein.  
Все возможно.

Großartig!  
Великолепно!

Da muss ich Ihnen leider widersprechen, denn ...  
Здесь я должен вам, к сожалению, возразить, так как ...

Ich bin ganz sicher, dass ...  
Я совершенно уверен, что ...

Учебное издание

**Биккулова Нурия Мингазетдиновна**

**Практикум по культуре речевого общения (немецкий язык)**

Учебно-методическое пособие к практическим занятиям для студентов выпускных курсов факультетов иностранных языков педвузов

Компьютерная верстка Е. С. Рожковой

Подписано в печать 04.10.2016 г.

Формат 60×84 1/16. Усл. печ. л. 4,9

Тираж 50 экз. Заказ 59